

# Wirtschaftsmagazin Pfalz



Kommunale Schulden  
**Struktur-  
veränderungen nötig**  
Seite 28

Köner am Start:  
**Die Starterzentren sind  
zehn Jahre alt**  
Seite 32

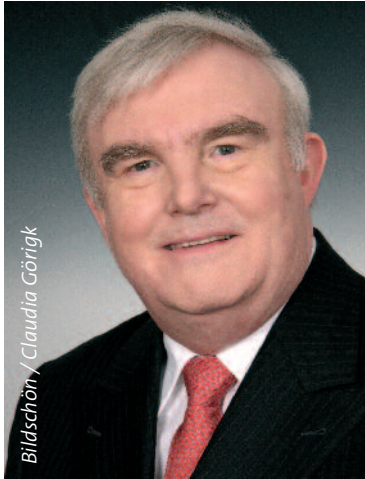
Wenn alle Brunnlein fließen ...  
**Trinkwasserverordnung:  
Novelle folgt Novelle**  
Seite 39



## IHK-Jahresthema 2013

### Infrastruktur – Wege für morgen





## Aus meiner *Sicht*

### Infrastruktur – Wege für morgen

Zum IHK-Jahresthema 2013

**Unsere Infrastruktur bringt** nicht nur Menschen und Güter von A nach B, sie transportiert auch Daten auf Hochgeschwindigkeitsnetzen und Energie über Stromtrassen. Eine gut ausgebaute Infrastruktur sorgt nicht nur für Mobilität und Erreichbarkeit, sie beeinflusst auch unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Wachstumschancen. Dabei brauchen wir eine verlässliche Infrastruktur, die modernen Ansprüchen gerecht wird. Das Mindeste ist der Erhalt der Substanz. Doch marode Brücken, desolate Straßen und langsame Stellen im Schienennetz werden immer mehr zum Engpass für Mobilität. Neben der physischen Infrastruktur wird auch der Aspekt der Sicherheit der IT-Netzinfrastruktur immer wichtiger, denn das Internet bietet neben allen Chancen auch ein Einfallstor für Sabotage und Wirtschaftskriminalität.

**Verlässlichkeit und Sicherheit** spielen gerade in der Energieinfrastruktur eine große Rolle. Erinnern wir uns: Im letzten Winter

stand Deutschland kurz vor einem Stromkollaps. Schuld waren Engpässe bei der Belieferung der Kraftwerke mit Gas. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig eine konstante und ausreichende Energieversorgung besonders für die Wirtschaft ist. Der Ausbau intelligenter, verzahnter Netze ist nötig, damit wir hierzulande auch weiterhin günstige und sichere Energie für Unternehmen bereitstellen können.

**Neue Netze und Speicher** ebenso wie neue Kraftwerke oder auch Windräder finden jedoch nicht automatisch Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Immer häufiger wenden sich Initiativen gegen Großbauvorhaben. Wir müssen hier auch als IHK-Organisation mithelfen, frühzeitig neue und offensive Wege der Kommunikation zu gehen, beispielsweise durch die direkte Teilnahme von Bürgern und Unternehmen am Planungsprozess, in Bürgerforen oder im Internet. Deutschland betritt hier vielfach Neuland. Dieser Prozess benötigt Zeit, der Ausbau der Infrastruktur Geld. Am Ende steht hoffentlich ein Zuwachs an Erfahrung und Wissen – und vor allem eine bessere Infrastruktur.

**Mit dem IHK-Jahresthema 2013** wollen wir neue Impulse zur Debatte beisteuern. Wenn wir heute die Herausforderungen in der Infrastruktur angehen, sind wir auch morgen noch wettbewerbsfähig. Infra-

struktur ist Zukunft, deshalb müssen wir heute in die Wege für morgen investieren.

**Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann**  
DIHK-Präsident



**Die IHK Pfalz setzt sich** auch im Jahr 2013 mit Nachdruck für eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Infrastruktur ein – insbesondere, um Einfluss auf den neuen Bundesverkehrswegeplan zu nehmen. Hier werden wir uns vor allem für den raschen vierspurigen Ausbau der B 10 von Landau nach Pirmasens und für den Neubau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe einsetzen.



## IHK-Jahresthema 2013 Infrastruktur – Wege für morgen

Die IHKs setzen sich im Interesse ihrer Mitgliedsunternehmen für den Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ein – schließlich ist sie ein wichtiger Standortfaktor sowie ein Garant für Wachstum und Beschäftigung. Aber die Infrastruktur ist in Gefahr. Inzwischen fehlt nicht nur das nötige Geld für ihren Ausbau, sondern sogar zum Erhalt der bestehenden Strukturen. Hinzu kommen schleppende Plan- und Gerichtsverfahren sowie eine rückläufige Akzeptanz großer Projekte bei der Bevölkerung. Wir leben von der Substanz. Dieser Trend muss gestoppt werden. Daher setzen sich die IHKs mit ihrem Jahresthema „Infrastruktur – Wege für morgen“ gegenüber der Politik dafür ein, genügend Finanzmittel zum Infrastrukturausbau und –erhalt bereitzustellen.

Seite 18

## Wurzelbehandlung

Die Höhe der kommunalen Schulden macht starke und grundsätzliche Eingriffe nötig. In den Augen von Michael Schaum, Leiter des IHK-Dienstleistungszentrums Kaiserslautern, sind auch Instrumente wie der kommunale Entschuldungsfonds vorerst nur eine Atempause für die Kommunen. „Es muss Ziel sein, die Strukturen grundlegend zu verändern. Keine Lösung ist es, immer wieder an der Schraubenschraube zu drehen.“ Dass gespart werden müsse, sei den Bürgern aber nur schwer zu vermitteln. „Da muss man die Menschen mitnehmen.“

Seite 28

# Themen | Januar–Februar 2013

### Standpunkt

3 | Infrastruktur – Wege für morgen

### Firmenreport

### Titelthema

18 | Infrastruktur – Wege für morgen

### Standortpolitik

28 | Wurzelbehandlung

Kommunale Schulden:

Strukturveränderungen nötig

30 | „Pakt für Pirmasens“  
ausgezeichnet

30 | Historiker brauchen Unterstützung

### Existenzgründung und Unternehmensförderung

32 | Könnern am Start:  
Die rheinland-pfälzischen Starterzentren sind zehn Jahre alt

33 | 25 Jahre für den  
Wirtschaftsnachwuchs

34 | Fördergeld für Unternehmen

34 | Steueränderungen 2013

### Aus- und Weiterbildung

35 | Leit-Werk: IHK Pfalz ist Leit-IHK  
für die Leichtflugzeugbauer

36 | IHK würdigt das Ehrenamt

38 | IHK-Weiterbildung:  
Aktuelle Angebote

### Innovation, Umwelt und Energie

39 | Wenn alle Brunnlein fließen ...  
Trinkwasserverordnung

40 | Aus Pionieren werden Lotsen:  
eBusiness-Lotse

### International

44 | Profis für das Frankreichgeschäft

44 | DIHK-Außenwirtschaftsreport 2012

### Recht

46 | Nicht auf Mahnungen reagieren

### Verbraucherpreisindex

### Impressum



## Köner am Start

Vom Entwickler für Gyrokopter bis zur Tierkommunikatorin – der Einfallreichtum der pfälzischen Existenzgründer ist unerschöpflich. Seit zehn Jahren haben sie in den „Startertzentren“ – allein vier davon im Beritt der IHK Pfalz in Pirmasens, Kaiserslautern, Landau und Ludwigshafen – verlässliche Partner in allen Fragen der Unternehmensgründung. Innovationen wie der „One-Stop-Shop“ haben nach Ansicht von Thomas Engel, Leiter des Geschäftsbereichs Existenzgründung und Unternehmensförderung, gar bundesweit „Leuchtturmcharakter“.

Seite 32

## Wenn alle Brunn- lein fließen...

Innerhalb nur eines Jahres hat die Novelle der Trinkwasserverordnung bereits eine Aktualisierung erfahren. Dabei geht es vor allem um die Ausweitung der Legionellenuntersuchungspflicht auf den gewerblichen Bereich. Kathrin Mikalauska, Referentin für Umwelt und Energie, begrüßt die Neuerung grundsätzlich, weil sie Erleichterungen für die Unternehmen und auch die Gesundheitsämter bringt. Die erstmalige Untersuchungspflicht auf Legionellen verschiebt sich auf den 31. Dezember 2013.

Seite 39

### Neues aus Rheinland-Pfalz, Berlin und Brüssel

- 47 | Arbeitskreis Tourismus
- 47 | Duale Ausbildung:  
Landesweite Kampagne

### Bekanntmachungen

- 48 | Beitragsordnung der IHK Pfalz
- 49 | Änderung des Gebühren-  
verzeichnis der IHK Pfalz

### Kultur & Genuss zum Schluss

- 50 | „Good Vibrations - Kunst und Physik
- 50 | Und der Haifisch, der hat Zähne

## Firmenindex

Bodymonitor Systeme	10
Daimler AG	13
Eiden Batterie-Technik	16
Hundeschule icHunddu	8
Kemmler Kopier Systeme	9
Pfalzmarkt eG	10
Postgalerie Speyer	12
Print ONLine	12
promedia ITK GmbH	7
RIECO Druck + Daten	6
SHE Informationstechnologie	16
VOGEL Autohäuser	14

## Wasgau AG

Marie-Juliet Marx heißt die „Mitarbeiterin des Jahres 2012“ im Lebensmittel Einzelhandel. Die 26-jährige Verkäuferin arbeitet in einem Verbrauchermarkt des Handelskonzerns Wasgau in Kaiserslautern. Sie setzte sich in einer Leserwahl der bundesweit erscheinenden Fachzeitschrift „Lebensmittel Zeitung direkt“ (Deutscher Fachverlag) durch. Der Branchenpreis ist mit 1.000 Euro dotiert.

@ [www.wasgau.de](http://www.wasgau.de)

@ [www.lebensmittel-zeitung.de](http://www.lebensmittel-zeitung.de)



## Empolis Information Management GmbH

Das renommierte „EContent-Magazin“ zählt die Empolis Information Management GmbH zu den weltweit wichtigsten Unternehmen im Bereich „Digital Content Management“. So wurden die Kaiserslauterer in die Liste „The 100 Top Companies in the Digital Content Industry“ aufgenommen – neben Unternehmen wie Amazon und Google. Empolis ist Anbieter von Smart Information Management Software zur Erstellung, Verwaltung und Verarbeitung aller für einen Geschäftsprozess relevanten Informationen.

@ [www.empolis.com](http://www.empolis.com)

## John Deere GmbH & Co. KG

Mit einem Gewinn von 3,065 Milliarden US-Dollar verbucht der Landmaschinenhersteller ein Rekordjahresergebnis im Geschäftsjahr 2012. Die Umsatzerlöse und sonstigen Erträge sind gestiegen, zudem erholt sich der Baumaschinenmarkt weiter. Weltweit stiegen die Umsatzerlöse und sonstigen Erträge um 13 Prozent auf 36,157 Milliarden US-Dollar. Der Umsatz des Unternehmens wird nach eigenen Angaben im Geschäftsjahr 2013 voraussichtlich um fünf Prozent ansteigen.

@ [www.johndeere.de](http://www.johndeere.de)

## Sparsam und schnell vom Rechner zum Briefkasten

RIECO Druck + Daten GmbH & Co. KG

**„Briefe zeitgemäß versenden“ ist der Anspruch der RIECO Druck + Daten GmbH & Co. KG mit ihrer neuen Dienstleistung InnoPost. Damit können Kunden bei Versand und Verwaltung ihrer Briefe Zeit und Geld sparen.**

Das Unternehmen RIECO aus Grünstadt verbindet seit mehr als 100 Jahren Erfahrung und Innovation. „Wir verstehen unsere Kunden und wissen, wie Prozesse ablaufen“, sagt Produktmanager Markus Schmitt. Und deshalb habe RIECO, „die Zeichen der Zeit erkannt und festgestellt, dass unsere Kunden bei internen Prozessen sparen müssen“. Besonderes Sparpotenzial hat der Druckspezialist bei der manuellen Erstellung und dem Versand von Briefen ausgemacht. Mit etwa 1,39 Euro Gesamtkosten schlage ein Brief zu Buche, der in einem Unternehmen erstellt, ausgedruckt, kuvertiert und freigemacht werde, rechnet Markus Schmitt vor. Mit InnoPost seien Einsparungen von bis zu 54 Prozent bei Prozess- und Materialkosten möglich sowie eine erhebliche Zeitersparnis, erklärt der Produktmanager.

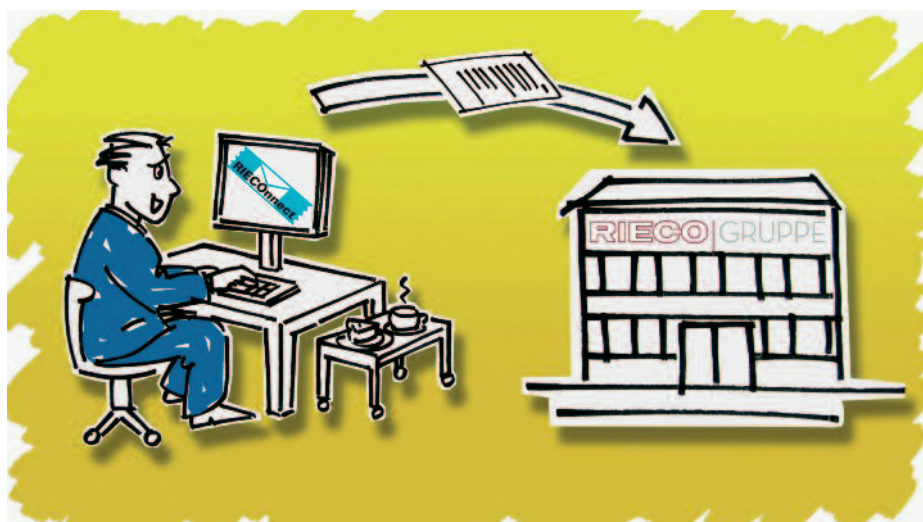
**Und das funktioniert so:** Mit Hilfe des ersten Produktbausteins RIEConnect können die Kunden nach der Erstellung des Briefes – ob Rechnung, Mahnung, Bescheid oder Werbebrief – den Druckertreiber wie den eigenen internen Drucker anwählen. Der Brief wird dann verschlüsselt ins Sicherheitsdruck-Zentrum von RIECO übertragen. Nach Freigabe wird er dort automatisiert ausgedruckt und kuvertiert und noch am

selben Tag an den Postdienstleister übergeben. Beim Versand arbeitet das Unternehmen mit der DPAG und RegioPost zusammen, auch ein günstiger Versand ins Ausland ist möglich.

**Zu InnoPost gehört** mit RIEControl ein weiterer Produktbaustein, der den Kunden selbstverständlich auch die Verwaltung der Briefe ermöglicht: Ein fehlerhafter Brief kann direkt gelöscht werden, Aufträge sind filter- und einsehbar sowie archivierbar. Datenschutz- und Sicherheitsstandards sorgen dafür, dass sowohl die Kundendaten als auch ihre Briefe gut geschützt sind und sicher verarbeitet werden. Besonders auf mittelständische Unternehmen und Behörden ist InnoPost laut Markus Schmitt zugeschnitten. Fünf Kunden versenden seit Oktober 2011 bereits mit InnoPost ihre Briefe. „Unsere Vision ist es, bei Behörden bundesweit Marktführer zu werden“, sagt Markus Schmitt.

**RIECO wurde 1901** in Grünstadt gegründet und ist bis heute in Familienbesitz. Aktuell arbeiten am Hauptsitz in Grünstadt etwa 50 Menschen, darunter zwei Studenten der Dualen Hochschule Mannheim (Digitale Medien mit den Schwerpunkten Medienmanagement und Kommunikation), ein Auszubildender und zwei Jahrespraktikanten. Am zweiten Standort im thüringischen Altenburg sind etwa 20 Mitarbeiter beschäftigt. (mok)

@ [www.innopost.de](http://www.innopost.de)



## Optimale Lösungen für Telekommunikation

promedia ITK GmbH



Steffen Schwab (l.) und sein Partner Thomas Kreutz betreuen als Telekommunikationsspezialisten ihre Kunden gemäß dem Motto „One face. One solution“.

**Die im Ortszentrum von Rülzheim ansässige promedia ITK GmbH berät und betreut seit 1996 deutsche und international agierende Geschäftskunden im sich rasant entwickelnden Telekommunikationsmarkt. Seit diesem Jahr bietet das Unternehmen auch Ausbildungsplätze an: Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Einstellung der ersten Auszubildenden für IT- und Büro-kommunikation.**

Diese Verstärkung braucht das Unternehmen, denn „die Anforderungen der Firmen im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologien wachsen stetig und werden mit den aktuellen technologischen Entwicklungen immer komplexer“, erklärt Geschäftsführer Steffen Schwab. Eine Vielzahl von Anbietern würden den Markt nur schwer überschaubar machen. „In der neutralen Optimierung und der professionellen Betreuung liegen die Stärken der promedia ITK GmbH“, betont der Gesellschafter. Durch den Premiumstatus bei den meisten der Partnerfirmen könne das Unternehmen zudem beste Preise für seine Kunden erzielen.

„Wir bieten Unternehmen jeder Größenordnung Lösungen für Festnetztelefonie, Mobilfunk, Datendienste, Telefonanlagen und Servicrufnummer – national und international. Dies geschieht anbieterneutral und in jedem Bereich mit dem zur Anforderung passenden Partner“, ergänzt der zweite Gesellschafter Thomas Kreutz. „Immer auf dem neuesten Stand der Telekommunikation zu bleiben ist eine perma-

nente Herausforderung“, sagt der 45-jährige Firmengründer. Promedia ITK sei zentraler Ansprechpartner für das gesamte Gebiet der Informations- und Telekommunikationstechnologie. „Dadurch entlasten wir Verantwortliche durch unser Know-how.“

Immer im Service enthalten sei eine kostenfreie Prüfung und Auswertung der Ist-Situation und die Präsentation der zu den Anforderungen passenden Möglichkeiten, unterstreichen die Inhaber der promedia ITK. Die Planung und Umsetzung von nationalen und internationalen Standortnetzungen sei eine weitere Kernkompetenz des Telekommunikationsanbieters. Unter anderem werde aktuell die Implementierung einer weiteren Hochgeschwindigkeitsdatenleitung für die Ansiedlung eines großen Unternehmens in Rülzheim vorbereitet.

Das fünfköpfige Team der promedia ITK GmbH sowie zwei Auszubildende betreuen rund 600 Geschäftskunden in Deutschland und weitere 180 Firmen in der Schweiz aus allen Industriezweigen. Investiert wurde 2012 in den neuen Marktauftritt, die Modernisierung der Büroräume sowie den Austausch der Telefonanlage und die Mitarbeiterfortbildung. Mittelfristig planen beide Gesellschafter die Umsiedlung in ein eigenes Bürogebäude; damit soll die Infrastruktur verbessert und das Backoffice aufgestockt werden. (kahy)

[www.promedia-ITK.com](http://www.promedia-ITK.com)

### profitext.com GmbH

Ihr Leistungsportfolio um den Bereich Public Affairs erweitert hat die profitext.com, Agentur für strategische Kommunikationsberatung und Public Relations, aus Speyer. Bislang war profitext.com hauptsächlich im Bereich der Wirtschaftskommunikation tätig, die Öffentlichkeitsarbeit in Politik und Zivilgesellschaft ergänzt nun das Leistungsspektrum des achtköpfigen Teams. Die Erweiterung basiert auf der Integration des Büros für politische Kommunikation Zehfuß & Lang Public Affairs.

@ [www.profitext.com](http://www.profitext.com)

### Kübler GmbH

Das Hallenheizungsunternehmen Kübler aus Ludwigshafen hat den Deutschen Nachhaltigkeitspreis mit „Deutschlands nachhaltigstem Produkt“ gewonnen. Die Expertenjury würdigte die hohe Energieeffizienz des Hallenheizungssystems H.Y.B.R.I.D., welches Infrarothallenheizung, Digitalsteuerung und Restwärmenutzung verknüpft. Je nach Hallentyp kann damit 30 bis 70 Prozent Energie eingespart werden.

@ [www.kuebler-hallenheizungen.de](http://www.kuebler-hallenheizungen.de)

### Schumacher Packaging GmbH

Massiv in das Werk in Hauenstein investieren will die Schumacher Packaging Gruppe. So soll neben Vollpappe-Verpackungen dort auch Verarbeitungskapazitäten für Wellpappe entstehen. Mittelfristig werde das Ausgangsmaterial Wellpappe auch gleich vor Ort auf einer Wellpappenanlage gefertigt. So solle der derzeitige Jahresumsatz von 10 Millionen Euro in Hauenstein vervielfacht werden, betonte Björn Schumacher, Mitglied der Geschäftsleitung.

@ [www.schumacher-packaging.com](http://www.schumacher-packaging.com)

### BASF SE

Seine Produktion der Chemikalie Hexandiol plant BASF wegen der starken Nachfrage weiter auszubauen. So sollen bis 2014 die Kapazitäten zur Herstellung dieses chemischen Zwischenproduktes um mehr als ein Fünftel auf 50.000 Tonnen gesteigert werden. Dafür will der Konzern mehr als 30 Millionen Euro investieren. Hexandiol wird für die Herstellung von Lacken und Klebstoffen verwendet und in Ludwigshafen und im texanischen Freeport hergestellt.

@ [www.basf.com](http://www.basf.com)

## Heberger Bau AG

850.000 Euro in eine Fotovoltaikanlage hat das Unternehmen Heberger aus Schifferstadt investiert. Knapp 2.000 Module wurden auf den Dächern von firmeneigenen Lagerhallen und Betriebsgebäuden sowie einem Supermarkt auf 3.250 Quadratmetern errichtet. Pro Jahr werden dadurch knapp 250 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Heberger rechnet mit der Produktion von rund 460.000 Kilowattstunden jährlich.

@ [www.heberger.de](http://www.heberger.de)

## Tialini GmbH & Co.KG

„Tialini – una storia italiana“. Unter diesem Namen ist eine neue Pizza- und Pastakette an den Start gegangen. Das erste Restaurant hat in Ludwigshafen am Rheinufer eröffnet, weitere sollen 2013 folgen. Das Lokal bietet italienische Küche und hat 130 Innenplätze und 200 Sitzplätze im Freien. Alleingesellschafter des Unternehmens ist der ehemalige Porsche-Vorstandsvorsitzende Dr. Wendelin Wiedeking.

@ [www.tialini.com](http://www.tialini.com)

## ASMETEC GmbH juwi Holding AG

Als „Fahrradfreundlichste Arbeitgeber“ in Rheinland-Pfalz hat Ministerin Eveline Lemke die ASMETEC GmbH aus Kirchheimbolanden sowie die juwi Holding AG aus Wörrstadt ausgezeichnet. Die Firmen belegten jeweils den zweiten und dritten Platz und hatten ihre Mitarbeiter zu mehr Radfahren motiviert, indem sie beispielsweise überdachte Fahrradabstellräume oder Dusch- und Umkleidemöglichkeiten eingerichtet haben. Das Wirtschaftsministerium hatte den Wettbewerb erstmalig in Rheinland-Pfalz gestartet.

@ [www.asmetec.de](http://www.asmetec.de), @ [www.juwi.de](http://www.juwi.de)

## 50. Geburtstag

Axel Rohr, Geschäftsführer der Wolfgang Rohr GmbH & Co. KG – Kiesbaggerei – in Waldsee, feierte am 19. Januar seinen 50. Geburtstag. Er gehört seit dem Jahr 2010 der Vollversammlung an. Rohr ist außerdem Vorsitzender des Baustoffüberwachungsvereins Hessen-Rheinland-Pfalz, Vorstandsmitglied des Industrieverbands Steine + Erden Neustadt sowie Mitglied im MIRO Bundesverband Mineralische Rohstoffe.



Annette Möckel ist über die Hunde Malina (r.) und Funny zum Beruf gekommen.

## Expertin für die Partner mit vier Pfoten

### Hundeschule icHunddu

**Annette Möckel aus Weisenheim am Berg ist seit September 2012 die erste Hundefachwirtin (IHK) in Rheinland-Pfalz. Bereits seit 2009 führt sie ihre Hundeschule icHunddu. „Durch den eigenen Hund bin ich zum Beruf gekommen“, sagt Annette Möckel, die beiden Hündinnen Malina und Funny fest an ihrer Seite.**

Als Kundin hatte sie mit ihren Tieren eine Hundeschule besucht und gemerkt: „Das ist genau das, was ich mir vorgestellt habe.“ Schnell kam der Kontakt zum Berufsverband der Hundeezieher und Verhaltensberater e.V. (BHV) zustande, bei dem sie inzwischen Vorstandsmitglied ist, und das Interesse an einer professionellen Ausbildung bei der 39-jährigen dreifachen Mutter auf.

Der Beruf des Hundetrainers ist nicht gesetzlich geschützt, allerdings war ihr eine hohe fachliche Qualifikation von Anfang an wichtig. Und so hat sie – trotz der Entfernung – zunächst den Zertifikatslehrgang zur Hundeezieherin und Verhaltensberaterin (IHK/BHV) bei der IHK Potsdam absolviert. Anschließend hat Annette Möckel die anderthalbjährige Aufstiegsfortbildung zur Hundefachwirtin an der IHK Potsdam draufgesetzt und nun im September 2012 erfolgreich abgeschlossen. Diese Ausbildung sei vergleichbar mit einem Bachelor-Abschluss, schildert die

Hundexpertin. Eine umfangreiche Verknüpfung von Theorie und Praxis gehören dazu: In insgesamt 520 Blockunterrichtsstunden stehen Volks- und Betriebswirtschaft, Rechnungswesen, biologische Grundlagen, Lernverhalten und Training sowie Marketing auf dem Lehrplan. Praktische Erfahrungen in der Arbeit mit den Tieren gelten bereits als Zulassungsvoraussetzung.

Insgesamt habe sich der Stellenwert von Hunden deutlich verändert, vom Nutztier seien sie zum Sozialpartner geworden, beschreibt Annette Möckel. Dadurch werden an die Tiere heute oft ganz andere Anforderungen gestellt. Bei ihrer Ausbildung habe sie gelernt, wie man einen Hund dazu bringe, das zu tun, was der Halter möchte. Und zwar so, dass das Tier seine Persönlichkeit behalte, indem positives Verhalten verstärkt werde. „Wichtig ist es zu wissen, wie ein Hund lernt und welches Umfeld er braucht“, sagt Annette Möckel. Mit ihrer Mitarbeiterin Heike Daniel gestaltet sie in der Hundeschule icHunddu für jedes Mensch-Hund-Team das passende Training. „Der Weg ist für jedes Team unterschiedlich“, erklärt sie. Es braucht auch Geduld und Zeit, bis „Mensch und Hund eine Einheit bilden“. Dass sich dieses Engagement später auszahlt, weiß die Hundehalterin schließlich aus eigener Erfahrung.



**Dazu bietet die Hundeschule** an unterschiedlichen Orten in der Region die Ausbildung zu Familienbegleithunden an sowie Schulung und Beratung vor dem Kauf eines Hundes. Auch bei verhaltensauffälligen Tieren ist die Hundeschule ein kompetenter Ansprechpartner.

**Annette Möckel und ihre Kollegin** sind außerdem Multiplikatorinnen des „Blue-Dog-Trusts“, einem Präventionsprojekt zum sicheren Umgang von Hunden im Kontakt mit Kindern. Außerdem bilden sie Thera-

pie- und Besuchshunde aus. „Hunde können so viel bewegen“, sagt Annette Möckel. Mit ihrer Hündin Malina besucht sie beispielsweise regelmäßig eine Pflegeeinrichtung mit demenzkranken Menschen. Nähe herstellen und selbst mit in sich zurückgezogenen Bewohnern unbefangen in Kontakt treten – das schaffen die Tiere schnell ohne Vorbehalte und Befangenheit. (mok)

 [www.hundeschule-ichunddu.de](http://www.hundeschule-ichunddu.de)

## One-Man-Show wächst über sich hinaus

KKS – Kemmler Kopier Systeme GmbH

**Als klassische „One-Man-Show“ 1998 in Siegelbach bei Kaiserslautern gegründet, entwickelte sich die Firma KKS – Kemmler Kopier Systeme GmbH „derart rasant“, so Geschäftsführer Axel Kemmler, dass die dortigen Räumlichkeiten sehr bald nicht mehr ausreichten und KKS in den PRE-Park umzog. In der Europa-Allee 22 wurde 2007 ein neues Firmengebäude gebaut.**

**KKS hat sich auf den Vertrieb** und Service für digitale Druck- und Kopiersysteme in Industrie, Handel und Behörden spezialisiert und bietet Beratung, Lieferung, Konfiguration, Service, Support sowie Verbrauchsmaterialien aus einer Hand. Das Output Management umfasst dabei alle Größen vom Tischkopierer bis hin zur Hausdruckerei. Die Klientel der Firma setzt sich aus 60 Prozent Industrie- und 40 Prozent Behördenkundschaft zusammen.

**Die Geschäfte laufen „sehr gut“**, sagt Axel Kemmler und verweist darauf, dass er dieses Jahr mit einem Umsatz von rund acht Millionen Euro gegenüber 6,5 Millionen Euro in 2011 rechnet. „Daran zeigt sich, wenn man dem Kunden den bestmöglichen Service zu einem fairen Preis bietet, dass der Expansion und Erweiterung des Gebiets kaum Grenzen gesetzt sind.“ Ins Bild des florierenden Unternehmens passt, dass Axel Kemmler dieses Jahr rund 400.000 Euro in die neue Niederlassung Landau investierte. Dort sind sechs Personen beschäftigt. Insgesamt arbeiten 42 Mitarbeiter bei KKS in Kaiserslautern, Landau und Pirmasens, darunter sind vier Auszubildende.

**Weitere Investitionen** fließen in den Standort Kaiserslautern. Dort soll ein Lager erweitert werden, was eine Investitions-

summe von rund 500.000 Euro erfordere. Außerdem werde das Personal um zwei Mitarbeiter für die Technik aufgestockt. Denn stolz ist der Geschäftsführer darauf, dass die Kunden nach einem Notruf nicht länger als zwei bis maximal vier Stunden auf Abhilfe warten müssen. Fachwissen habe oberste Priorität. „Unsere Techniker (aktuell 13 im Außendienst) nehmen daher laufend an internen und externen Schulungen teil, um maximale Leistungen in einer sich schnell wandelnden Branche sicherzustellen.“

**Aufgrund seiner hohen Qualitätsstandards** sei KKS mittlerweile der größte zertifizierte Canon- und Kyocera-Vertragspartner in Rheinland-Pfalz. Als weitere Dienstleistung bietet die Firma das softwaregestützte Büroplanungskonzept „Printelligence“ an. Laut Kemmler ist dies ein System, das die Kosten für die so genannten Papier-Output-Systeme erheblich reduziere. Ein KKS-Berater nehme beim Kunden vor Ort Drucker, Kopierer, Scanner und Faxgeräte unter die Lupe und erarbeite speziell auf die jeweilige Unternehmenssituation zugeschnittene Optimierungsvorschläge. „Printelligence“ Sorge somit für effizientere Arbeitsabläufe, verkürzte Wege und eine geringere Kapitalbindung.

**Die Frage nach weiterer Expansion** beantwortet Kemmler sybillinisch: „Ja, wenn sich die Möglichkeit bietet. Beispielsweise stehen wir auch einer Übernahme offen gegenüber. Stillstand wäre auf Dauer für uns ein Rückschritt.“ Gesagt, getan: Für 2013 oder 2014 kündigt Axel Kemmler die Eröffnung einer neuen Filiale in Saarbrücken an. (pt)

 [www.kks-kl.de](http://www.kks-kl.de)

## 60. Geburtstag

Peter Best, geschäftsführender Teilhaber der Eugen Best GmbH & Co. KG in Bockenheim, feierte am 17. Januar seinen 60. Geburtstag. Best gehört der Vollversammlung der IHK Pfalz seit 1992 an. Er ist Mitglied des IHK-Weinausschusses, des Weinwirtschaftsrats der Pfalz sowie des Weinbaupolitischen Beirats des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz in Mainz. Best engagiert sich außerdem als Vorsitzender im Verband der Pfälzer Weinkommissionäre und im Bundesverband der Deutschen Weinkommissionäre.

## 60. Geburtstag

Franz Link, Vorsitzender des Vorstandes der Kreissparkasse Kaiserslautern, feierte am 7. Januar seinen 60. Geburtstag. Der Vollversammlung gehört er seit dem Jahr 2006 an, derzeit ist er auch IHK-Vizepräsident. Zugleich ist er Mitglied des DIHK-Geld- und Kreditausschusses, Beirat der IHK Zetis GmbH in Kaiserslautern, Mitglied im Verwaltungsrat des Sparkassenverbandes Rheinland Pfalz sowie Aufsichtsratsmitglied der Betriebskrankenkasse Pfaff. Er engagiert sich außerdem ehrenamtlich bei verschiedenen Gesellschaften des Deutschen Roten Kreuzes.

## Nachruf



Hans Derlon, Vorstandsmitglied des Managementforums KL•CONNECT e.V., ist im Alter von 42 Jahren plötzlich verstorben. Der Kaiserslauterer Un-

ternehmer war 2010 Mitbegründer des Forums und hat sich über die Jahre aktiv und mit vielen guten Ideen eingebracht. Er war einer der „geistigen Väter“, engagierte sich sehr für den IT-Nachwuchs und stieß die Öffnung der MediaMit als Business-Messe mit an.

## Rekordumsatz mit Obst und Gemüse

Pfalzmarkt eG



Johannes Trauth, Sprecher des Vorstands, (l.) und Vorstand Dr. Markus Nöthen (r.) bei der Bilanzpräsentation.

**Passend zum 25-jährigen Bestehen hat die Pfalzmarkt für Obst und Gemüse eG für das Jahr 2012 einen Rekord beim Umsatz und beim Absatz von frischem Obst und Gemüse anvisiert. Mit einem Umsatzvolumen von über 115 Millionen Euro wird der geplante Warenumsatz in Höhe von 100 Millionen Euro deutlich übertroffen.**

Im Vergleich zum Jahr 2011 fallen die Produktionsmengen bei frischem Obst und Gemüse aus der Pfalz ebenfalls deutlich höher aus: Gegenüber 158.000 Tonnen (2011) wuchs die Erntemenge

## Landesentscheid gewonnen

Bodymonitor Systeme

**Im Rahmen des Wettbewerbs European Satellite Navigation Competition hat das Ludwigshafener Unternehmen Bodymonitor Systeme die baden-württembergische Landesentscheidung gewonnen. Prämiert wurde das von Bodymonitor und der Firma Geomer GmbH aus Heidelberg gemeinsam entwickelte Projekt „EmoCityMap“.**

Das „Emotional City Mapping“ beinhaltet ein System, mit dem vor allem emotionale Körperreaktionen an jedem Standort in Echt-Zeit gemessen werden können. Diese Technologie erschließt aus körperlichen Veränderungen die emotionalen Reaktionen wie Stress und verknüpft sie zeitgleich mit der geografischen Position. Dr. Georgios Papastefanou, Gründer und Geschäftsführer von Bodymonitor Systeme, hat das System zur Marktreife getrieben und dabei von seinen eigenen Entwicklungen im GESIS, dem Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim, profitiert. Die Körperreaktionen werden mit einem einfachen Sensor-Band am Handgelenk erfasst, dem BMS-Smartband. Eine Software bereitet die psycho-physiologischen Daten auf und klassifiziert sie. Erstellt werden so Tools, die sowohl der Markt-, Wirtschafts- und Sozialforschung dienen als auch dem Gesundheits-, Trainings- und Arbeitsbereich einen Mehrwert bieten. Konkretes Beispiel: Die Mes-

der 250 aktiven Pfalzmarkt-Erzeuger auf rund 200.000 Tonnen, was ebenfalls eine Bestmarke in der Unternehmensgeschichte darstellt. Dabei kooperiert die Pfalzmarkt eG mit der Obst- und Gemüsemarkt (OGM) Maxdorf-Lambsheim eG.

„Unsere Zahlen belegen, dass frische Qualität aus der Pfalz erfolgreich beim Verbraucher ankommt“, so Johannes Trauth, Sprecher des Vorstands der Pfalzmarkt eG. „Als Qualitätsanbieter profitieren wir in 2012 vor allem wieder von unserer Zusammenarbeit mit dem Handel sowie dem aktuellen Trend zu regional erzeugtem Obst und Gemüse.“

Im Saisonverlauf bietet Pfalzmarkt eG über hundert Frischeprodukte aus dem „Gemüsegarten Pfalz“ an. Der Schwerpunkt der Produktion liegt mit rund 98 Prozent auf dem Bereich Gemüse. Radieschen und Lauchzwiebeln zählen zu den Klassikern im Angebot. Darüber hinaus komplettieren Blattsalate, Blumenkohl und erstmals Zier- und Speisekürbisse die „TOP-5“ bei den Frischegemüsen. Im Bereich Obstabsatz zählen Erdbeeren, Äpfel und Kirschen zu den am häufigsten nachgefragten Erzeugnissen. An der positiven Entwicklung hat auch die steigende Verbrauchernachfrage nach „Bio-Qualität“ einen wichtigen Anteil. So stieg die Anbaufläche für Biogemüse im vergangenen Jahr um 60 Prozent auf 160 Hektar. Für 2013 ist ein Ausbau auf rund 220 Hektar vorgesehen.

Im Jahr 2013 soll der nachhaltige Wachstumskurs der Genossenschaft fortgesetzt werden. Johannes Trauth: „Mit Investitionen in Höhe von jährlich rund drei Millionen Euro wollen wir den Standort Pfalz weiter stärken.“ Die Genossenschaft mit Sitz in Mutterstadt hat über 1.500 Mitglieder. (red)

@ [www.pfalzmarkt.de](http://www.pfalzmarkt.de)



Holger Grotelüsch (l.) von der Innovations- und Technologieberatung der IHK Pfalz gratuliert Dr. Georgios Papastefanou zur Auszeichnung.

sung von Stress bei Pendlern, abhängig davon, ob sie mit Pkw, Fahrrad oder Cadillac unterwegs waren. „Ein Fernsehsender testet so auch Beiträge vorab bei Probezuschauern, ein Geschäftsmann sieht anhand von Probanden mit dem BMS-Smartband, wo sein Ausstellungsraum besonders ansprechend ist“, nennt Gründer Dr. Papastefanou weitere Anwendungsbeispiele. (red)

@ [www.bodymonitor.de](http://www.bodymonitor.de)

## Neues Leben im Postamt

### Postgalerie Speyer

**Pünktlich zum Beginn des Weihnachtsgeschäfts hat Ende November 2012 mit der Postgalerie Speyer ein neues Einkaufszentrum im denkmalgeschützten, ehemaligen Hauptpostgebäude der Stadt eröffnet. Insgesamt wurden 50 Millionen Euro in die Modernisierung und den Umbau des Gebäudes investiert.**

**Direkt am Postplatz gelegen**, bildet die neue Shoppinggalerie mit ihrer historischen Fassade das neue Highlight der Speyerer Einkaufsmeile. Mit der offiziellen Eröffnung des Centers stellt die Postgalerie Speyer Arbeitsplätze für 150 Menschen. Auf insgesamt rund 15.000 Quadratmetern über fünf Ebenen befinden sich neben modernen Einkaufsflächen auch repräsentative Büro- und Praxisflächen in den oberen Etagen, die Kunden vom Zentrum der Postgalerie über Rolltreppen und Aufzüge sowie teils denkmalgeschützte, historische Treppenhäuser erreichen können.

**Centermanager Jürgen Ehlen:** „Mit der Postgalerie Speyer haben wir es geschafft, Tradition und Moderne zu verbinden, um so dem heutigen Charakter der Stadt Speyer zu entsprechen.“ Stephan Fritsch, Sprecher des Investors Caposition, freute sich über die ter-



Die Postgalerie wurde von Anfang an gut angenommen.

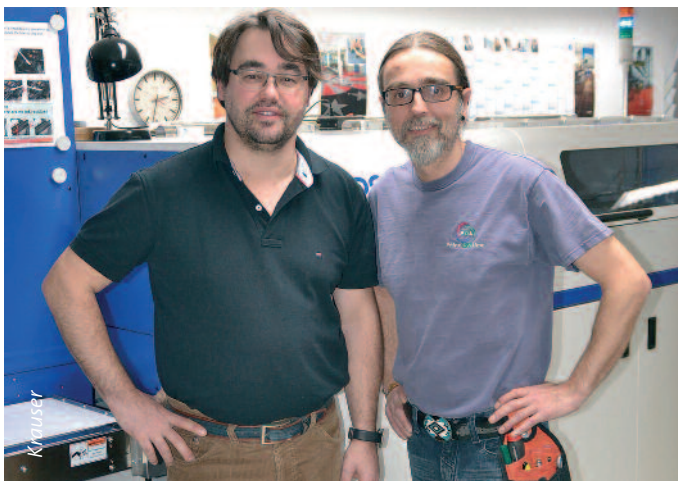
mingerechte Fertigstellung und Eröffnung des ab 2008 geplanten Objekts: „Die Postgalerie Speyer belebt mit ihren drei Verkaufsebenen und rund 40 Fachgeschäften unterschiedlicher Mode-, Schuh- und Dienstleistungsanbieter sowie zahlreichen Cafés, Bistros und Restaurants die Attraktivität und Branchenvielfalt der Speyerer Innenstadt.“ (red)

[www.postgalerie-speyer.de](http://www.postgalerie-speyer.de)

## Kraftakt für einen Mitarbeiter

### Print ONLine Digitale Drucktechnik GmbH

**Es ist eine große Wahrheit, die Alexander Klug gelassen ausspricht. „Ich bin als Unternehmer verantwortlich für meine Angestellten“, sagt Klug, Geschäftsführer der Print ONLine digitale Drucktechnik, „ich hab' das von meinen Eltern so gelernt“. Die Lektionen in sozialer Verantwortung sind auf fruchtbaren Boden gefallen: Für die vorbildliche Wiedereingliederung eines Mitarbeiters, der bei einem Unfall schwer verletzt worden war, hat die kleine Digitaldruckerei aus Bad Dürkheim den Reha-Preis der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) erhalten.**



Print ONLine-Geschäftsführer Alexander Klug (l.) hat seinem Mitarbeiter Winfried Schumann nach dessen schweren Unfall mit viel Aufwand eine Rückkehr an seinen alten Arbeitsplatz ermöglicht. Dafür wurde das Unternehmen jetzt ausgezeichnet.


**Winfried Schumann** ist im Sommer 2009 mit seinem Roller auf dem Heimweg, als er von einem Auto erfasst und schwer verletzt wird. Der Mediengestalter erleidet komplizierte Brüche an zwei Brust- und Lendenwirbeln. Zur schweren Verletzung kommt die Unsicherheit über die berufliche Zukunft – aber nicht lange: Nach zwei Tagen lässt ihn sein Chef wissen, dass er sich um seinen Arbeitsplatz keine Sorgen machen müsse.

**Schnell wird klar**, dass Schumanns Verletzungen die Umgestaltung seines Arbeitsplatzes notwendig machen. Deshalb ist eine der ersten Maßnahmen, die der Betrieb zusammen mit der Berufsgenossenschaft organisiert, eine Arbeitsplatzanalyse. Es folgt die Anpassung seines Aufgabenbereichs: Schwere Lasten zu heben war und ist Schumann nicht möglich, zudem soll der heute 42-Jährige regelmäßig die Arbeitsstationen wechseln – um einseitige Belastungen zu vermeiden. Das bedeutet für einen Kleinbetrieb mit zehn Angestellten, die Aufgaben der anderen umzuverteilen – aber hier profitiert die Print ONLine GmbH davon, dass sie die meisten ihrer Mitarbeiter selbst ausgebildet hat.

**„Wir sind ein eingespieltes Team“**, sagt Klug, ein Team, in dem jeder Mitarbeiter sein Spezialgebiet habe, aber eigentlich alle Aufgabenbereiche übernehmen könne: Den kompletten Service von der Bearbeitung von Rohdaten, Satz, Layout und Druckvorstufe bis hin zu Druck und Weiterbearbeitung bietet das Bad Dürkheimer Unternehmen mir sechs Vollzeit- und vier Teilzeitbeschäftigten sowie zwei Azubis. Vom Kunstkatalog in Kleinauflage über Weinetiketten bis hin zum Fahrplan oder dem XXL-Plakat für die Werbewirtschaft reicht das Angebot der 1995 gegründeten „Print ONLine“. Großen Wert legt Klug darauf, den gesamten Prozess von der Gestaltung bis zur Konfektionierung im eigenen Haus mit eigenen Mitarbeitern darstellen zu können. In den eineinhalb Jahren, in denen Schumann nicht arbeiten konnte, mussten die verbliebenen Mitarbeiter zusätzliche Aufgaben übernehmen – und gemurrt hat dabei laut Klug keiner: „Die haben sich untereinan-

der abgestimmt“, sagt der Print ONLine-Geschäftsführer. In der Zwischenzeit hat Schumann eine 40-wöchige Reha-Maßnahme durchlaufen und die Anpassung seines neuen Arbeitsplatzes: Höhenverstellbare Arbeitsflächen hat die Berufsgenossenschaft geschaffen, technische Hilfen für das Heben schwerer Lasten installiert. In der BG Unfallklinik Ludwigshafen hat man Schumanns neuen Arbeitsplatz nachgebaut und mit ihm trainiert.

**Trotz eingeschränkter Beweglichkeit** der Wirbelsäule und chronischen Schmerzen kann Schumann sechs Stunden pro Tag an seinem neuen, alten Arbeitsplatz verbringen – und die gemeinsame Kraftanstrengung bei seinem Arbeitsplatzergänzung war der BG ETEM im letzten Jahr den Rehabilitationspreis wert. Bei der Preisverleihung in Dresden hat Klug feuchte Augen im Zuschauerraum ausgemacht – wahrscheinlich auch, weil so vorbildliches Verhalten von Arbeitgebern selten ist. Schon aus Kostengründen. Was hat der Kraftakt den Betrieb gekostet? „Ich hab's gar nicht ausgerechnet“, sagt Klug, „und ich will's auch gar nicht wissen.“ (dlk)

 [www.die-moderne-druckerei.de](http://www.die-moderne-druckerei.de)

## Ausbau des Logistics Centers

Daimler AG

**Insgesamt 115 Millionen Euro investiert die Daimler AG in den Ausbau des Mercedes-Benz Global Logistics Centers (GLC) in Germersheim. Die Lagerfläche solle um über 100.000 Quadratmeter erweitert werden, um den Kunden weiter die maximale Verfügbarkeit des Teilesortiments garantieren zu können, so Andreas Moch, Leiter des Global Logistics Centers Germersheim. „Diese Erweiterung gibt Sicherheit für die Arbeitsplätze in der Region.“**

**Am Standort Germersheim** wird eine Erweiterung der Lagerflächen um 60.000 Quadratmeter realisiert. Hierzu werden ab Frühjahr bestehende Gebäude um zwei neue Hallen von je 30.000 Quadratmetern ergänzt. Das Global Logistics Center, zu dem auch die Außenstandorte Offenbach an der Queich, Hatten im Elsass, Ettlingen und Wörth gehören, plant auch Erweiterungen in Offenbach. 42.000 Quadratmeter zusätzliche Lagerfläche sollen dort ab Ende 2013 zur Lagerung von Sperrteilen genutzt werden. In Offenbach gibt es derzeit bereits eine Lagerfläche von 100.000 Quadratmetern. Mit aktuell über einer Million Quadratmetern Lagerfläche ist das GLC das weltweit größte Zentrallager für Fahrzeugteile in der Automobilbranche. Rund 2.800 Mitarbeiter sind im GLC beschäftigt. (red)

[www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de)

### Ihr Firmenreport

*Im Firmenreport des Wirtschaftsmagazins gibt die IHK Pfalz ihren Mitgliedern Gelegenheit, ihr Unternehmen kostenlos mit einem redaktionellen Beitrag vorzustellen. Interesse?*

*Ihre Ansprechpartnerin ist Monika Lorenz,*

*Tel. 0621 5904-1205, E-Mail: [monika.lorenz@pfalz.ihk24.de](mailto:monika.lorenz@pfalz.ihk24.de).*

Partner im Netzwerk  
**IHK24.de**

**Dokument-Nr.: 12861**

## Pfälzer Erfolgsgeschichte

VOGEL Autohäuser GmbH & Co. KG



Das multiprofessionelle Team am Sitz der Firmenzentrale in Harthausen. Viele der Mitarbeiter haben bereits hier ihre Ausbildung gemacht.

**2013 feiert das Harthäuser Traditionsunternehmen Vogel sein 90-jähriges Firmenjubiläum. Was als Schmiede und Vertrieb für Landmaschinen begann, ist heute einer der führenden BMW-Partner Deutschlands mit einem Jahresumsatz von rund 70 Millionen Euro. Neben Mitgliedern der Familie Vogel arbeiten 211 Mitarbeiter, davon 43 Auszubildende, an vier Standorten in der Pfalz und in Südhessen im Unternehmen.**

Heute trägt bereits die vierte Generation die Verantwortung: Diplom-Betriebswirt Peter Vogel, 43, und sein drei Jahre jüngerer Bruder Marco. „Wir sind stolz auf das, was wir mit unseren Mitarbeitern erreicht haben“, erklären die beiden Inhaber und Geschäftsführer. Die Geschichte des Familienunternehmens mit Schwerpunkt Vertrieb und Service von Kraftfahrzeugen und Landmaschinen begann 1923. Firmengründer Peter Cuntz eröffnete eine Schmiede in Harthausen. Sohn Adolf Cuntz wagte als Reaktion auf den großen Bedarf 1946 eine Ackerwagenproduktion und stieg in den Landmaschinenhandel ein. Bereits zehn Jahre später erfolgte ein Neubau am Ortsrand. Hier befindet sich noch heute der Firmensitz.

„Auf Ausbildung hat unser Unternehmen seit Beginn viel Wert gelegt, viele Mitarbeiter haben bei uns gelernt“, so Geschäftsführer Peter Vogel. Als Ausbildungsberufe bieten die Vogel Autohäuser an den Automobilkaufmann, Bürokaufmann, Groß- und Außenhandelskaufmann, KFZ-Mechatroniker sowie Landmaschinenmechaniker und Fachkraft für Lagerlogistik.

1959 wurde der erste kaufmännische Lehrling im Betrieb eingestellt, Rudi Vogel, der Vater von Peter Vogel. Fünf Jahre später trat dessen spätere Frau Agnes, die Tochter des damaligen Inhabers und Enkelin des Firmengründers, in den Betrieb ein. Um langfristig von den saisonalen Entwicklungen in der Landwirtschaft unabhängig zu werden, entschied sich die Familie 1969 für den Einstieg ins Automobilgeschäft mit der Marke BMW. Dieser und MINI ist das Unternehmen bis heute treu. 1970 wurde das erste Autohaus in Harthausen eröffnet. „Wir haben immer alles als Familie besprochen, beschlossen und getragen“, nennt Agnes Vogel einen Schlüssel zum Erfolg.

Nach dem plötzlichen Unfalltod des Vaters 1984 unternahm sie mit ihrem Mann Rudi die Geschäftsführung. Damals hatte das Unternehmen 41 Mitarbeiter am Standort Harthausen. Zwei Jahre später folgte der Neubau des BMW-Autohauses in Landau; zudem verstärkte Udo Vogel, ein Neffe von Rudi Vogel, als Prokurist und Leiter des Landauer Betriebs das Team.

1993 kam mit dem Neubau des BMW-Autohauses in Germersheim ein dritter Standort dazu. 1996 traten die beiden Söhne Peter und Marco, die heutigen Geschäftsführer, in den Familienbetrieb ein. Ein großer Schritt war 2003 die Übernahme des vierten BMW-Autohauses im südhessischen Zwingenberg an der Bergstraße. „Wir haben lange überlegt, ob wir diesen Betrieb, der ungefähr so groß war wie unsere drei damaligen Autohäuser zusammen, integrieren können“, so Rudi Vogel. Aber es gelang – die Umsätze stiegen sprunghaft an. 2008 übernahm mit Peter und Marco Vogel die vierte Generation das Ruder. Agnes Vogel, die lange als Vorsitzende des IHK-Prüfungsausschusses für Groß- und Außenhandel fungierte, und ihr Mann unterstützen die Söhne.

Der Hauptsitz in Harthausen beliefert täglich fast 200 freie Werkstätten in Deutschland mit BMW-Ersatzteilen. 2012 haben die VOGEL Autohäuser GmbH & Co. KG rund 2.500 Neu- und Gebrauchtwagen verkauft. Etwa 100 Fahrzeuge werden täglich durch die Werkstattteams betreut. Aber auch Traktoren und Vollrenter für den Weinbau werden von Harthausen aus vertrieben. Die Geschäftsführer setzen auf Optimierung der Abläufe; deshalb wurden 2011 die bis dahin unabhängig wirtschaftenden Autohäuser zu einer GmbH zusammen geführt.

Letztes Jahr wurden diesbezüglich rund 500.000 Euro investiert. In diesem Jahr sind Verbesserungen in den Ausstellungshallen im Bereich BMW- und Mini-Standards geplant und der Auf- und Ausbau der Logistik für den Internetvertrieb von Fahrzeugen und Ersatzteilen. „Die Zukunft gehört dem E-Commerce“, ist Geschäftsführer Peter Vogel sicher.

2020 will er auf Grundlage der aktuellen Standorte einen Umsatz von 100 Millionen Euro erreichen. „Wir sind aber auch offen für die Ausweitung der Geschäfte und die damit verbundenen Herausforderungen“, sind sich alle Vogel-Verantwortlichen sicher. (kathy)

 [www.bmw-vogel.de](http://www.bmw-vogel.de)  
[www.mini-vogel.de](http://www.mini-vogel.de)

[www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de)

### Die AutorInnen im Wirtschaftsmagazin Pfalz

dlk = Daniel Krauser  
FuH = Sabine Fuchs-Hilbrich  
kathy = Katja Hein  
mok = Monika Kewes-Wenner  
MoL = Monika Lorenz  
tz = Fred G. Schütz  
pt = Peter Thiessen

Fotos sind, soweit nicht anders angegeben, Firmenfotos.

 IHK24.de

Dokument-Nr.: 26517

## Fachkundiger Partner für Industriebatterien

Eiden Batterie-Technik GmbH



Seit einem Jahr ist die Eiden Batterie-Technik im Gewerbegebiet-Süd von Haßloch beheimatet.

Seit einem Jahr ist das Unternehmen Eiden Batterie-Technik im Industriegebiet Süd in Haßloch ansässig. Spezialisiert ist die 1996 durch Reiner Eiden gegründete Firma auf Service, Beratung, Planung und den Verkauf von Notstrombatterien, Sicherheitsbeleuchtungsanlagen, Gleichstromversorgungen, USV-Anlagen sowie Industrie-, Solar- und Staplerbatterien. Seit einem Jahr setzt sich der Unternehmer zusätzlich für das Kinderhospiz Sterntaler im benachbarten Dudenhofen ein.

„Unsere Anlagen versorgen die Kunden mit Strom, wenn es zum Netzausfall kommt“, erklärt Gründer und Inhaber Reiner Eiden. Der 51-jährige Energieanlagenelektroniker und Technische Fachwirt (BA) ist seit 25 Jahren in diesem Bereich tätig und arbeitete unter anderem zehn Jahre bei Varta. „Besonders für Prüfungen ist Spezialwissen notwendig“, so Eiden. Aber auch beim verarbeiteten Material setzt er auf Qualität: Seine Lieferanten sind unter anderem namhafte Batterie- und Anlagenhersteller wie Hawker

## 25 Jahre bei IT-Lösungen am Puls der Zeit

SHE Informationstechnologie AG

Vor 25 Jahren begann die Geschichte der SHE Informationstechnologie AG mit der Gründung einiger Studienfreunde um Ulrich Engelhardt. Heute schaffen allein in Ludwigshafen mehr als 100 Mitarbeiter IT-Lösungen für ihre Kunden. Das wurde im September im Technikmuseum Speyer gefeiert; einer der Gratulanten war Ministerpräsident Kurt Beck.

„Angefangen haben wir mit der Entwicklung von Individualsoftware, die genau auf die Bedürfnisse der Kunden zugeschnitten wurde“, blickt Vertriebsleiter Siegbert Daub auf die Geburtsstunde der SHE Informationstechnologie AG im Jahr 1987 zurück. Auf den Software-Schwerpunkt in den Anfangzeiten weist der Name des Unternehmens noch heute hin: SHE steht für Software Haus Engelhardt – nach dem Haupt-Unternehmensgründer Ulrich Engelhardt. Heute bilden die Realisierung von High-End-Portalen und Backoffice-Strukturen, maßgeschneiderte Virtualisie-

und Hoppecke. Für Montagearbeiten kooperiert er zusätzlich seit vielen Jahren mit einer befreundeten Elektrofirma.

Zu den über 500 Kunden der Eiden Batterie-Technik GmbH gehören nach eigenen Angaben unter anderem Stadtwerke, Kommunen, Hotels und führende Industrieunternehmen aus einem Umkreis von rund 100 Kilometern um Haßloch. Regelmäßig ist er bei Kunden zwischen Worms und Heidelberg, Zweibrücken und Baden-Baden sowie Mannheim und Karlsruhe vor Ort. Seine Kunden schätzen vor allem die persönliche Betreuung und den schnellen und zuverlässigen Service durch den Fachmann, beschreibt er seine Stärken.

„Die Arbeit macht mir großen Spaß“, so der Geschäftsführer. Im vergangenen Jahr ist der Unternehmer mit seiner Firma von Harthausen nach Haßloch umgezogen. Hier hat er nun Lager, Büro und Privathaus Tür an Tür. In den kommenden Jahren will er „Gas geben“ und seinen Kundenstamm ausbauen. Seit diesem Jahr ist er zusätzlich beratend für einen befreundeten Ingenieur in Ungarn tätig, der sehr daran interessiert ist, im Bereich Notstrombatterien tätig zu werden.

Aber das ist noch nicht alles: „Ich will etwas zurückgeben und schwerkranke Kinder und ihre Familien unterstützen, denn die brauchen wirklich Hilfe“, ergänzt Reiner Eiden. In diesem Jahr setzt er sich deshalb besonders für das Kinderhospiz Sterntaler in Dudenhofen ein und will auch andere pfälzische Unternehmen dafür begeistern. Neun weitere Pflegeplätze, Therapieräume und ein Abschiedsbereich sollen in einem Neubau in der Einrichtung entstehen, in der Familien mit schwerkranken Kindern eine dringend benötigte Auszeit vom Alltag erleben können.

„Zu Weihnachten spende ich selbst 10.000 Euro und bitte auch meine Kunden um eine Unterstützung“, so der Unternehmer. „Alleine die Einrichtung für ein Pflegezimmer kostet 15.000 Euro, hier kann ich konkret aktiv werden. Das erste und einzige Kinderhospiz in Rheinland-Pfalz verdient unsere Unterstützung“, ist die Überzeugung des Batteriespezialisten. (kahy)

rungs- und Sicherheitslösungen sowie systematische Software-Entwicklung den Schwerpunkt des Unternehmens. Ergänzt werden diese Produkte und Dienstleistungen durch sicheres Cloud Computing und sichere Dokumentenübertragung via Internet (Secure Doc Express). „Wir bieten robuste, hoch verfügbare Lösun-



Kunden und Mitarbeiter freuen sich über das 25-jährige Bestehen von SHE.

gen“, erklärt Siegbert Daub, so dass die Geschäftspartner ihre wertvollen Daten sicher wissen.

**Darauf zählen so namhafte Kunden** wie beispielsweise die BASF mit ihrem Agrar-Internetportal (Agro-Portal), Milupa, Lufthansa mit AirPlus oder Edeka. In diesem Jahr wurde das Duale System Deutschland (Grüner Punkt) nach einem Auftrag im kleineren Umfang als Kunde auf breiter Ebene gewonnen. „Unsere Kunden sind in der Regel sehr zufrieden, weil wir technisch wie vertraglich auf ihre Bedürfnisse eingehen. Und ein großes Vertrauen gehört dazu“, sagt Siegbert Daub.

**Unter der Geschäftsführung** von Carlos Schiffauer (Kaufmännischer Leiter und Prokurist), Siegbert Daub (Vertriebsleiter und Prokurist) und Vorstand Harald Hauptert hat das Unternehmen 2011 einen Umsatz von ca. 14 Millionen Euro erwirtschaftet, Tendenz im Jahr 2012 steigend.

**Neben dem Standort Ludwigshafen** mit aktuell 101 Beschäftigten gibt es eine Geschäftsstelle in Köln sowie jeweils ein Tochterunternehmen in Frankfurt und der Schweiz. SHE bildet auch aus: IT-Systemkaufleute und Informatik-Studenten der Dualen Hochschule Baden-Württemberg lernen hier ihr praktisches „Handwerk“. Da die Erfolgskurve des Unternehmens weiterhin nach oben zeigt, ist ein Neubau von Büros in Ludwigshafen vorgesehen. Und weitere Mitarbeiter sollen eingestellt werden, auch wenn es laut Unternehmensleitung eine Herausforderung ist, erfahrenes, qualifiziertes Fachpersonal zu gewinnen.

**In wirtschaftlich für viele Unternehmen** schwierigen Zeiten profitiert SHE davon, dass die Kunden genau auf die Betriebskosten schauen. So rechnet Siegbert Daub damit, dass immer mehr Betriebe ihre IT auslagern und vermehrt Cloud-Services nutzen werden. „Da sehen wir eine große Zukunft, denn dort steht die Wirtschaft noch weit am Anfang“, prognostiziert der Vertriebsleiter.

**In der 25-jährigen Unternehmensgeschichte** hat SHE bereits mehrfach verstanden, die weitreichenden Innovationen in der Informationstechnologie für die eigene Entwicklung zu nutzen, wie sich Vorstand Harald Hauptert erinnert. „Durch das Thema Internet war 1995/96 ein Highlightjahr“, berichtet er.

**SHE habe einen der ersten kommerziellen Internet-Zugänge** in der Metropolregion gehabt. Einen weiteren Wendepunkt habe 2005 der Virtualisierungstrend gebracht, beschreibt Harald Hauptert. Mit 25-jähriger Erfahrung im Rücken und großem Innovationsgeist ist SHE bereit für die Entwicklungen der Zukunft. (mok)

 [www.she.net](http://www.she.net)

[www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de)

## Wirtschaftsmagazin online

*Das Wirtschaftsmagazin Pfalz steht Ihnen auch online auf unserer Homepage zum Download zur Verfügung.*

Partner im Netzwerk  
IHK24.de

Dokument-Nr.: 26182

# Infrastrukturvorhaben und Öffentlichkeitsbeteiligung

## Transparent und fair erleben

**Die Verwirklichung großer Infrastrukturprojekte wird für Deutschland auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, um die Voraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft zu erhalten und die Lebensqualität der Menschen zu sichern. Es geht dabei zum einen um den Ausbau von Straßen, Bahnhöfen oder Flughäfen. Vor gewaltige Herausforderungen wird uns zudem die flächendeckende Versorgung mit Kommunikations- und Stromnetzen auch und gerade im Zusammenhang mit der Energiewende stellen. Es geht um den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, um Wachstum und Beschäftigung.**

Schon wegen der dichten Besiedelung in unserem Land bedeutet jedes größere Projekt auch, dass davon viele Menschen betroffen sind, die negative Auswirkungen befürchten und nach verträglicheren Alternativen fragen bzw. die Notwendigkeit von Projekten generell in Frage stellen. Sie ängstigen sich vor der dauerhaften Veränderung ihrer gewohnten Umgebung und befürchten Lärm, Schmutz und Verkehrshinderungen während der Bauarbeiten und beim Betrieb. Aber auch Menschen, die nicht unmittelbar betroffen sind, machen sich bei solchen Großprojekten Sorgen um die Umweltverträglichkeit und um die Auswirkungen auf Natur und Landschaft. Gerade umweltfreundliche und ressourcenschonende Politik braucht aber Großprojekte zur Anwendung neuer Technologien und damit auch eine größere Akzeptanz von solchen Großvorhaben.

Deshalb müssen wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren so ausgestalten, dass betroffene und interessierte Bürger sich frühzeitig informieren können und eingebunden werden. Niemand soll das Gefühl haben müssen, dass einfach über ihn hinweg entschieden wird. Die Bereitschaft, Entscheidungen zu akzeptieren, steigt, wenn die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen ernst genommen werden und sie das Verfahren als transparent und fair erlebt haben. Voraussetzung dafür ist eine effektive Möglichkeit der Beteiligung. Zwar ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung bereits in vielen Genehmigungsverfahren spezialgesetzlich vorgesehen.

Sie findet dort allerdings erst in einem Stadium statt, in dem die eigentliche Planung des Vorhabens bereits abgeschlossen ist. Die bisherigen Beteiligungsformen sind dabei vor allem auf die Klärung von Rechtsfragen ausgerichtet. Andere Aspekte spielen bislang lediglich eine untergeordnete Rolle. Mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren“ will die Bundesregierung erstmalig an zentraler Stelle eine allgemeine gesetzliche Regelung für eine „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“ schaffen. Sie soll vom Vorhabenträger vor dem eigentlichen Genehmigungsver-

fahren durchgeführt werden und steht allen Interessierten offen.

Der Vorhabenträger soll frühzeitig darüber unterrichten, was mit dem Projekt überhaupt erreicht und wie es verwirklicht werden soll, welche voraussichtlichen Auswirkungen es haben wird. Bedenken und Anregungen können dann bereits in der Planungsphase eingebracht werden. Das Ergebnis wird an die zuständige Behörde übermittelt und anschließend im Planungsverfahren berücksichtigt. Diese frühe Beteiligungsmöglichkeit schafft nicht nur Transparenz, sie hilft auch, Konflikte zu vermeiden. Auch der Vorhabenträger kann von wichtigen Anregungen profitieren und auf Aspekte aufmerksam werden, die er sonst übersehen würde. Seine Planung kann im Idealfall sogar optimiert werden, so dass sowohl für die Öffentlichkeit wie auch für den Vorhabenträger eine Win-Win-Situation eintreten kann.

Klar ist aber auch, dass selbst die beste Öffentlichkeitsbeteiligung nicht jeden Konflikt lösen kann. Es wird auch in Zukunft Streit über große Projekte geben. Wenn eine breite und frühzeitige Beteiligung aber dazu beiträgt, Konflikte zu entschärfen und für mehr Akzeptanz zu sorgen, hat dies auch positive Auswirkungen auf nachfolgende Genehmigungs- oder Planfeststellungsverfahren. Sie können schneller abgewickelt werden, weil viele potentielle Streitpunkte schon frühzeitig identifiziert und vielleicht sogar schon bereinigt sind.

Wir wollen jedoch keine zusätzlichen bürokratischen Hemmnisse aufbauen und neue Verfahrenspflichten einführen. Die neue Regelung verzichtet deshalb aus gutem Grund auf staatlichen Zwang. Sie verpflichtet vielmehr die Verwaltung, entsprechend auf den Vorhabenträger einzuwirken. Jeder, der am möglichst reibungslosen Gelingen seines Vorhabens interessiert ist, wird – schon aus eigenem Interesse – gegenüber einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung aufgeschlossen sein. Es geht um Kooperation, nicht um Zwang. Schließlich trägt auch der Vorhabenträger das wirtschaftliche Risiko seiner Unternehmung und damit auch das Planungsrisiko selbst. Es liegt deshalb in seiner Verantwortung, den richtigen Zeitpunkt für eine frühzeitige Bürgerbeteiligung vor Antragstellung einzuschätzen.

Eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung soll es nicht nur bei großen Infrastrukturvorhaben geben, bei denen ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen ist. Sie soll vielmehr auch bei anderen Großvorhaben erfolgen, die vergleichbare Auswirkungen auf die Belange einer Vielzahl von Menschen haben. Die neue Regelung wurde deshalb sehr weit gefasst und gilt z. B. auch beim Bau größerer Anlagen mit immissionsrechtlicher Genehmigungspflicht.



Bundesministerium des Innern





Viele Unternehmen haben bereits in der Vergangenheit positive Erfahrungen mit einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemacht. Auch hieran wollen wir mit dem Planungsvereinheitlichungsgesetz an-

knüpfen; diese Vorbilder sollen durch dieses Gesetz zur Regel werden.

*Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesinnenminister, MdB*

## Mobilität sichern – für Wachstum und Wohlstand

**Wachstum und Wohlstand brauchen Mobilität. Umfassende Mobilität wiederum ist auf leistungsfähige und sichere Verkehrswege angewiesen.**

Eine hochwertige Verkehrsinfrastruktur ist elementare Voraussetzung für arbeitsteiliges Wirtschaften in der globalisierten Welt und für die Spitzenstellung Deutschland als führende Exportnation. Zugleich wachsen die Anforderungen an logistische Dienstleistungen und möglichst nahtlose Transportketten. Zusammen mit den Mobilitätsbedürfnissen der Gesellschaft bestimmen diese Entwicklungen die hohen Erwartungen an unsere Verkehrsnetze. Daneben muss sich der Verkehrssektor neuen Anforderungen stellen. So gehören verstärkte Anstrengungen beim Umwelt- und Klimaschutz heute ebenso zu den wesentlichen Aufgaben moderner Verkehrspolitik wie die Sicherung einer zukunftsfähigen Energieversorgung.

Die Bewältigung all dieser Aufgaben erfordert erhebliche Investitionen. Im Rahmen der Daseinsvorsorge ist es vorrangige Aufgabe des Staates, seiner Verantwortung für die Infrastruktur gerecht zu werden. Wir alle wissen: Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur stehen in Konkurrenz zu anderen politischen Aufgaben. Im Umgang mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln wird es also weiterhin darauf ankommen, klug Balance zu wahren und die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Ein wichtiges Kriterium dabei muss es sein, Investitionen dorthin zu lenken, wo sie den größten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft versprechen. Investitionen in unsere Verkehrswege sind dabei zweifellos zentrale Bausteine aktiver Zukunftssicherung.

Grundlage milliardenschwerer Investitionsentscheidungen muss eine solide und verkehrsträgerübergreifende Netzplanung sein. Wichtiges Fundament dabei ist der neue Bundesverkehrswegeplan, den wir derzeit erarbeiten und im Jahr 2015 vorlegen werden. Er bildet die Grundlage für die Entwicklung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur des Bundes. Berücksichtigung finden hierbei auch die seit dem letzten Bundesverkehrswegeplan 2003 weiterentwickelten politischen und verkehrlichen Rahmenbedingungen.

Grundlage der Langfristplanung unseres Verkehrssystems ist eine neue Verkehrsprognose, die wir derzeit mit einem Prognosehorizont für das Jahr 2030 erstellen lassen. Einbezogen darin werden alle Verkehrsarten, also Schienen-, Straßen-, Binnenschiff-, Luft- und Seeverkehr sowie der Rad- und Fußverkehr. Die Untersuchung einzelner Infrastrukturvorhaben berücksichtigt dabei vorrangig die erwartete Verkehrsentwick-

lung, aber auch weitere Kriterien. So wird mit einer weiterentwickelten Bewertungsmethodik zum Beispiel der Faktor „Zuverlässigkeit des Verkehrsablaufs“ stärker als bisher einbezogen. Davon können zukünftig Projekte profitieren, welche die Stör- und Stauanfälligkeit von Verkehrsanlagen senken und verlässlichere Reisezeitvorhersagen erlauben – ein Aspekt, der insbesondere aus Sicht der Logistik von hoher Bedeutung ist.

Eine glaubwürdige Rahmenplanung muss vor allem realistisch sein und ebenso eindeutige wie nachvollziehbare Prioritäten setzen. Fest steht, dass der Verkehr – insbesondere der Güterverkehr – weiter anwachsen wird. Die vorhandenen Verkehrswege werden also künftig noch stärker beansprucht werden. Ein zentraler Schwerpunkt muss deshalb die Substanzsicherung sein. Denn wir können es uns nicht leisten, unsere Verkehrswege auf Verschleiß zu fahren. Dies würde die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft gefährden und Wachstumsimpulse verhindern. Bereits heute genießt deshalb der Substanzerhalt hohe Priorität. Ein Beispiel ist die Entwicklung der Erhaltungsausgaben für Ingenieurbauwerke. Nachdem im letzten Jahrzehnt für die Substanzsicherung der Brücken und Tunnel im Verantwortungsbereich des Bundes jährlich durchschnittlich rund 300 Millionen Euro aufgewendet wurden, haben wir diese Mittel im letzten Jahr auf 670 Millionen Euro mehr als verdoppelt. In diesem Jahr werden wir mit 830 Mio. Euro und 2014 mit 950 Millionen Euro noch einmal deutlich mehr Geld für diese zentrale Aufgabe in die Hand nehmen. Engpassanalysen zeigen uns zudem, dass die Anzahl von Staus und Überlastungen im Straßen- sowie Schienenverkehr weiter zunimmt. Auch hier müssen wir entschieden gegensteuern. Wir tun dies, indem wir Neu- und Ausbaumaßnahmen auf wichtige Verkehrsachsen und die gezielte Beseitigung von Engpässen konzentrieren.

An einer strikten Priorisierung von Investitionen auf Erhalt und Engpassbeseitigung führt kein Weg vorbei. Klar ist aber auch: Wenn unser Verkehrsnetz an vielen Stellen überfüllt und in seiner Substanz gefährdet bleibt, ist eine Erhöhung der Ausgaben für Investitionen unerlässlich. Um umfassende Mobilität als Grundlage für Wachstum und Wohlstand zu sichern, muss uns allen an einer bedarfsgerechten Finanzausstattung und an neuen Wegen bei der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung gelegen sein.

*Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, MdB*



Frank Ossenbrink

# Wurzelbehandlung

## Kommunale Schulden: Strukturveränderungen nötig

**Michael Schaum ist skeptisch: „Durch den kommunalen Entschuldungsfonds wird überhaupt kein Problem gelöst, er verschafft den Kommunen lediglich eine Atempause. Aber wenn sich strukturell nichts ändert, stehen sie in ein paar Jahren genau da, wo sie vorher waren.“ Der Leiter des IHK-Dienstleistungszentrums Kaiserslautern wünscht sich, dass die Diskussion um den Entschuldungsfonds „kreative Prozesse“ anstoßen möge und ermutige, „die Strukturen grundlegend zu verändern.“**

Ein kommunaler Entschuldungsfonds soll den Städten und Gemeinden aus ihren Finanznöten helfen. Darauf haben sich die Landesregierung und die Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände am 22. September 2010 in Mainz auf der Basis einer Gemeinsamen Erklärung geeinigt. Mit Hilfe des Fonds soll der überwiegende Teil der Liquiditätskredite (Kassenkredite) getilgt werden. Der Entschuldungsfonds ist zum 1. Januar 2012 in Kraft getreten und wird über 15 Jahre laufen. Sein maximales Volumen wird 3,9 Milliarden Euro umfassen. Die Finanzierung besteht aus drei gleich großen Bestandteilen. Ein Teil der Mittel stammt aus dem Landeshaushalt. Ein weiterer Teil speist sich aus dem kommunalen Finanzausgleich. Der dritte Teil der Entschuldungsmasse wird von den Kommunen beigesteuert, die dem Pakt beitreten. Dafür wird ein maßgeschneiderter, individueller Konsolidierungsvertrag zwischen der einzelnen Kommune und dem Land unterzeichnet. Das ist sehr verkürzt der Kern des kommunalen Entschuldungsfonds. Aber nur ein Aspekt eines komplizierten Systems.

### Kommunaler Finanzausgleich

**Wirkliche „Würze“ hat die Diskussion** um den Zustand der kommunalen Finanzen nämlich durch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs (VGH) Rheinland-Pfalz vom 14. Februar 2012 erhalten, der im Rahmen einer Klage des Landkreises Neuwied gegen das Land Rheinland-Pfalz eingeschaltet worden war. Der Landkreis Neuwied hatte ursprünglich auf Erhöhung der Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2007 geklagt. Zur Begründung macht er geltend, die ihm im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 2007 gewährten Leistungen entsprächen nicht den Anforderungen an eine aufgabenangemessene Finanzausstattung im Sinne des Art. 49 Abs. 6 Landesverfassung. Der VGH hat schließlich - zitiert nach den sogenannten Leitsätzen zum Urteil - entschieden: „Der kommunale Finanzausgleich ist spätestens zum 1. Januar 2014 neu zu regeln. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt das bisherige Recht anwendbar. Das Land hat im Rahmen der Neuregelung einen spürbaren Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise zu leisten. Dieser muss jedenfalls auch in einer effektiven und deutlichen Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung bestehen. Daneben kommt eine Entlastung der Kommunen auf der Ausgabenseite durch Aufgabenrückführung oder die Lockerung gesetzlicher Standards in Betracht. Im Gegenzug müs-



sen auch die Kommunen ihre Kräfte größtmöglich anspannen. Die kommunale Finanzkrise erfordert von Verfassungen wegen ein entschlossenes und zeitnahes Zusammenwirken aller Ebenen.“ Mit diesem Urteil befasst sich zur Zeit auch die „Enquete-Kommission Kommunalfinanzen“, die Lösungen erarbeiten soll. Immerhin geht es um rund 900 Millionen Euro für die rheinland-pfälzischen Kommunen bis 2020, damit deren Finanzen wieder ins Lot kommen.

### Zwei Chancen

„Die Kommunen haben immer zwei Chancen“, sagt Michael Schaum. „Sie erhöhen die Einnahmen. Am besten kalkulierbar ist da die Grundsteuer B, weil ich da verlässliche Einnahmen habe. Wenn ich die Gewerbesteuer erhöhe, ist nicht zwingend, dass ich auch tatsächlich mehr Geld bekomme. Umgekehrt: Wenn es der Wirtschaft gut geht, sprudelt diese Quelle ohnehin, auch bei gleichem Satz.“ Viele Kommunen hätten versucht, ihre Einnahmenseite zu verbessern, „bis hin zu neuen Steuern, von der Pferdesteuer über die Bettensteuer, manche haben eine Sex-Steuer, eine Waffensteuer – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt“, sagt

Schaum. „Das ist ein Fass ohne Boden.“ An die zweite Chance, die strukturellen Veränderungen, trauten sich aber die wenigsten Kommunen heran. „Wenn sich eine Fraktion aus dem Fenster lehnt und sagt, wir brauchen nur noch einen Sportplatz oder gar keinen Sportplatz mehr, dann wird die nicht unbedingt gelobt. Aber die Pflicht habe ich natürlich trotzdem, dass ich da etwas tue. Und das geht immer sehr zäh voran. Manche Schritte sind eingeleitet, da jammern die Bürger schon, aber es muss noch viel mehr kommen.“



**Die IHKs Rheinland-Pfalz lassen** jährlich die kommunalen Haushalte im Lande analysieren. Angela Cimniak, Referentin für Steuerpolitik bei der IHK Pfalz, hat sich die Ergebnisse genauer angeschaut und aus Sicht der pfälzischen Unternehmen die wesentlichen Kennzahlen benannt. Sie kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie Schaum: „Die Kommunen sind hoch verschuldet. Dies hat strukturelle Ursachen – besonders die konsumtiven Aufwendungen der Kommunen sind zu hoch. Zu nennen sind hier der Personalaufwand, der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen und auch der Aufwand für soziale Hilfen. Hier muss umgesteuert werden. Mit einer Erhö-

sen auch die Kommunen ihre Kräfte größtmöglich anspannen. Die kommunale Finanzkrise erfordert von Verfassungen wegen ein entschlossenes und zeitnahes Zusammenwirken aller Ebenen.“ Mit diesem Urteil befasst sich zur Zeit auch die „Enquete-Kommission Kommunalfinanzen“, die Lösungen erarbeiten soll. Immerhin geht es um rund 900 Millionen Euro für die rheinland-pfälzischen Kommunen bis 2020, damit deren Finanzen wieder ins Lot kommen.

hung von Abgaben oder der Einführung neuer Abgaben wird man die Haushaltsprobleme nicht in den Griff bekommen.“ Wichtig seien für die Unternehmen „natürlich die Realsteuersätze, da sie durch die Realsteuern direkt belastet werden.“

## Steigende Sozialkosten

Festzuhalten sei, so Cimniak, „dass besonders die kreisfreien Städte in unserem Kammerbezirk in den vergangenen Jahren hohe und steigende Aufwendungen für soziale Hilfen hatten und insgesamt stark belastet sind, ohne dass sie hierauf Einfluss nehmen können. Viele Regelungen kommen hier vom Bund, die Kommunen müssen aber die Leistungen erbringen.“ Direkte Vergleiche zwischen den Kommunen sind aber aufgrund unterschiedlicher Gestaltungen in den einzelnen Haushalten schwierig. So tauchten Aufwendungen etwa für einen Kindergarten bei einer Kommune als Personalaufwand auf, eine andere Kommune kauft diese Leistungen extern ein, sodass der Personalaufwand nicht belastet wird, sondern der Sachaufwand steigt. „Die Kommunen haben auch in unterschiedlichem Umfang Aufgaben in eigenständige Betriebe ausgelagert. Auch das kann dazu führen, dass die Kommunen in der Auswertung unterschiedlich dastehen.“

**Für die IHK-Steuerexpertin ist offensichtlich**, dass grundsätzlich alle Steuern und Abgaben, die die Substanz belasten, also z. B. die gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen oder auch die Grundsteuer, abzulehnen sind. Die Unternehmen müssen diese Steuern auch in ertragsschwachen Phasen zahlen, selbst wenn sie gar keinen Gewinn machen. „Wenn die Kommunen wirtschaftlich gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen schaffen, können diese Gewinne erwirtschaften und sind dann auch in der Lage, einen ordentlichen Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Auf-

gaben zu leisten. Bei guten Unternehmensgewinnen kommen nämlich auch bei einer moderaten Ertragsbesteuerung ganz ordentliche Steuereinnahmen bei den Kommunen an. Allerdings müssen diese dann auch durch entsprechende Regelungen im Finanzausgleich bei den Kommunen bleiben.“

## Gebietsreform

Lösungen sieht Michael Schaum auch in einer grundlegenden Gebietsreform. „Rheinland-Pfalz verfügt über besonders viele, vor allem kleine Einheiten“, sagt Schaum. 2.300 Gemeinden gibt es in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen seien es 396. Hinzu komme das „bayerische Erbe“ der kreisfreien Städte. „Unter den Top 7 Städten mit der höchsten pro-Kopf-Verschuldung kommen vier aus Rheinland-Pfalz, davon drei aus der Pfalz: Kaiserslautern, Ludwigshafen, Pirmasens und Mainz. Unter den Top 15 der Kommunen mit den höchsten Kassenkreditschulden pro Einwohner kommen sechs aus Rheinland-Pfalz, davon vier aus der Pfalz: Pirmasens, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Zweibrücken, Mainz und Trier.“ Und da kommt es dann zu Ungleichgewichten: „Einzelne Landkreise, die vor Kraft nicht gehen können in direkter Nachbarschaft zu hochverschuldeten kreisfreien Städten. Menschen mit sozialen Probleme ziehen oft in die Städte, die Städte müssen das finanzieren, und die Kreise beteiligen sich nicht. Durch die demografische Veränderung verschärft sich das Problem noch.“ Für Schaum ist klar, dass man ums Sparen nicht herumkommen wird. „Nicht alles muss von den Kommunen selbst geleistet werden, nicht jede Stadt braucht ein Schwimmbad. Das ist den Bürgern schwer zu vermitteln. Aber man muss das positiv besetzen, die Menschen mitnehmen. Realität ist aber immer noch, dass der, der fürs Sparen eintritt, kommunal abgestraft wird.“

Fred G. Schütz

## WIRTSCHAFTSJUNIOREN I

*Ihren Vorstand gewählt haben die Wirtschaftsjuvenoren Mannheim-Ludwigshafen: Neu im Geschäftsführenden Ausschuss ist Mareen Möller (rechts, burnouting, Mannheim). Andreas Ritter (John Deere GmbH und Co. KG, Mannheim) wurde für ein weiteres Jahr gewählt, ebenso wie Julia Oppinger (links, Externe Marketing und PR GmbH, Denzlingen). Aufgabe des Geschäftsführenden Ausschusses ist die Führung des Juniorenkreises und die Koordination seiner Aktivitäten. Der Vorstand stellte auch das Jahresprogramm vor. [www.wirtschaftsjunioren.org](http://www.wirtschaftsjunioren.org)*



## WIRTSCHAFTSJUNIOREN II

*Auch in Kaiserslautern haben die Wirtschaftsjuvenoren ihren Vorstand neu bestimmt (von links nach rechts): Oliver Schulte, Insiders Technologies GmbH, Kaiserslautern (Schriftführer), Dr. Robert Kautsch, IG Bauplan GmbH, Kaiserslautern (Kreisprecher), Florian Deumeland, proCampus GmbH, Kaiserslautern (stellvertretender Kreisprecher und Landesvorsitzender der WJ Rheinland-Pfalz) sowie Michael Bremer, Michael Bremer Steuerberatungsgesellschaft mbH Kaiserslautern (Schatzmeister). [www.wj-kl.de](http://www.wj-kl.de)*



## „Pakt für Pirmasens“ ausgezeichnet

Deutscher Engagementpreis 2012



V.l.n.r.: Dr. Bernhard Matheis, Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens, Lutz Stroppe, Laudator, Alois Bold, Koordinator Pakt für Pirmasens, Oleg Kappes, Pakt für Pirmasens, Projekt Lernförderung, bei der Preisverleihung in Berlin.

**Bessere Bildungschancen für Kinder und Jugendliche – das ist das Ziel des „Pakts für Pirmasens“. Für ihr freiwilliges Engagement als Initiator dieses dynamischen Netzwerks hat die westpfälzische Stadt Pirmasens am 5. Dezember 2012, dem Tag des Ehrenamts, vom Bündnis für Gemeinnützigkeit den Deutschen Engagementpreis 2012 erhalten.**

Aufgrund der hohen Arbeitslosenquote, insbesondere bei Jugendlichen, rief Oberbürgermeister Dr. Bernhard Matheis im Jahr 2008 den „Pakt für Pirmasens“ aus. Alle bedeutenden staatlichen und ehrenamtlichen Initiativen, Kirchen, Verbände und Unternehmen haben sich dem Bündnis angeschlossen und entwickeln seitdem gemeinsam Ideen und Perspektiven zur Verbesserung der lokalen Bildungslandschaft. 24 ehrenamtliche Initiativen haben bisher mehr als 1.400 Kinder und Jugendliche erreicht. Über die hohe Ehrung dieses Netzwerks zeigte sich der Oberbürgermeis-

ter begeistert: „Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung mit dem Deutschen Engagementpreis, zeigt sie doch die Wertschätzung für den unermüdlichen Einsatz der Pirmasenserinnen und Pirmasenser.“

Erstmals 2009 ausgelobt, ruft der Deutsche Engagementpreis alle Bürger dazu auf, für diese Ehrung ihre persönlichen Helden vorzuschlagen, die sich freiwillig und in herausragender Weise engagieren; eine hochkarätig besetzte Jury wählt aus allen Vorschlägen die Sieger in insgesamt sechs Kategorien. Träger des Deutschen Engagementpreises ist das Bündnis für Gemeinnützigkeit, ein Zusammenschluss von großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Experten und Wissenschaftlern. Das Projekt ist beim Bundesverband Deutscher Stiftungen angesiedelt und wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Generali-Zukunftsfonds. (red)

### CSR-FRÜHSTÜCK

Die IHK Pfalz engagiert sich in der Veranstaltungsreihe „CSR-Frühstück Rhein-Neckar“. Sie bietet einmal monatlich eine Plattform zum Austausch über das Thema Corporate Social Responsibility (CSR). Unternehmen präsentieren ihre Strategie und Maßnahmen zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Zum nächsten CSR-Frühstück lädt die MVV Energie Mannheim am 20. Februar 2013 ein.


Weitere Infos unter [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 122060 oder unter [www.facebook.com/CSRRheinNeckar](http://www.facebook.com/CSRRheinNeckar). Anmeldungen bei Claudia Behrens, Bonne Nouvelle, Tel. 0228 902784-15, Fax 0228 902784-29, [csr\\_rheinneckar@bonne-nouvelle.de](mailto:csr_rheinneckar@bonne-nouvelle.de). Ihre Ansprechpartnerin bei der IHK Pfalz ist Sabine Fuchs-Hilbrich, Tel. 0621 5904-1200, [sabine.fuchs-hilbrich@pfalz.ihk24.de](mailto:sabine.fuchs-hilbrich@pfalz.ihk24.de)

## Historiker brauchen Unterstützung

Landesmuseum Koblenz

„So machen wir´s! Marken aus Rheinland-Pfalz“ ist das Thema einer Sonderausstellung des Landesmuseums Koblenz, die die Dauerausstellung zur Geschichte der technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten 200 Jahre in Rheinland-Pfalz vorskizzieren soll. Dafür benötigt das Landesmuseum weitere Exponate.

Die Sonderausstellung wird sich mit Marken beschäftigen und diese mit den naturräumlichen, historischen und sozialen Aspekten des Bundeslandes verknüpfen. Rheinland-Pfalz brachte und bringt noch heute Marken hervor, die Alleinstellungsmerkmale tragen oder Weltmarkt führend sind. Dennoch ist die Verbindung von Marken und Region oft wenig bekannt. Die Sonderausstellung möchte viele verschiedene Marken präsentieren. Um das Spektrum zu erweitern, sucht das Museum den Kontakt zu Firmen, die sich in der Ausstellung präsentieren wollen. (red)

 [landesmuseum.koblenz@gdke.rlp.de](mailto:landesmuseum.koblenz@gdke.rlp.de), Tel. 0261 6675-0

[www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de)

### Verbraucherpreisindex

 IHK24.de

Dokument-Nr.: 2835

Verbraucherpreisindex für Deutschland  
(Basis 2005 = 100)

Jahr / Monat				Veränderungen in %	
2011		2012		Dezember 12	Dezember 12
Dezember	Oktober	November	Dezember	November 12	Dezember 11
111,9	113,3	113,2	114,2	0,9	2,1

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland



## Köner am Start

Die rheinland-pfälzischen Starterzentren sind zehn Jahre alt

**„Unsere Kunden sind laut unseren Umfragen immer sehr zufrieden und geben uns Noten, die so um 1,2 / 1,3 liegen. Das kann man ruhig sagen, ohne vor Eigenlob rot zu werden.“ Thomas Engel, Leiter des Geschäftsbereichs Existenzgründung und Unternehmensförderung bei der IHK Pfalz, zieht zum 10. Geburtstag der rheinland-pfälzischen Starterzentren durchaus stolz Bilanz. Zum 6. Dezember 2002 waren unter dem Dach der Wirtschaftskammern im Land auf einen Schlag 24 Anlaufstellen für Existenzgründer aus der Taufe gehoben worden. Heute sind es 30.**

„Der Markt für Dienstleistungen für Existenzgründer war zu dem Zeitpunkt, bevor die Starterzentren gegründet worden sind, sehr intransparent“, erinnert sich Engel. Es gab sehr viele Anbieter: Wirtschaftsförderungsgesellschaften, Dienstleistungszentren, Rechtsanwälte, Steuerberater, Unternehmensberater. „Da wusste niemand so recht, wo gehe ich eigentlich hin, in welcher Reihenfolge. Das war schwierig für Existenzgründer.“ Vor diesem Hintergrund war die Idee für eine zentrale Anlaufstelle entstanden. „Der Nutzen für den Kunden und unsere Stärke bestand damals wie heute darin, in allen Starterzentren ein einheitliches Angebot zu haben, gemeinsame Startbroschüren, Merkblätter, durch Qualitätsstandards vereinheitlichte Beratungsleistungen. Dass auf diesem Weg auch Transparenz reingebracht worden ist, dass man den schnellen Weg zu seinem zuständigen Berater hatte, das waren die Erfolgsformeln“. Ein ganz wichtiges Instrument war auch die landesweite Service-Hotline, die über die Vorwahl des Anrufers den Existenzgründer automatisch zu seinem regional zuständigen Berater im jeweiligen Starterzentrum durchstellt (Service-Hotline IHK: 0800-445-7827, Service-Hotline HWK: 0800-495-7827). „Ein Anrufer aus Neustadt muss nicht wissen, ob Ludwigshafen oder Landau für ihn zuständig sind. Über die Hotline wird er – direkt auf die Nebenstellenummer – zu seinem Berater in Ludwigshafen durchgestellt“, erzählt Engel. Das Modell wurde schließlich auch in Hessen übernommen.

Seit der Gründung haben allein über die IHK Pfalz mit ihren vier Starterzentren in Landau, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Pirmasens etwa 35.000 potentielle Gründer Basisinformationen zur Aufnahme ihrer Selbständigkeit erhalten. In 3.860 vertiefenden individuellen Beratungen wurden Gründungskonzepte auf Herz und Nieren überprüft. Die Starterzentren fungieren auch als Pfadfinder im oftmals undurchdringlichen Dschungel öffentlicher Förderprogramme und werden als fachkundige Stelle von Förderbanken oder Agenturen für Arbeit gutachterlich in Anspruch genommen. Im Rahmen der Vergabe zinsgünstiger Darlehen, öffentlicher Zuschüsse, Bürgschaften und Beteiligungen haben die Starterzentren in der zurückliegenden Dekade 5.470 Stellungnahmen abgegeben.

### Originelles und Exoten

„Eine Vielzahl von Existenzgründungen betreffen in der Tat Gebiete, in denen die Südpfalz ihre Stärken hat: Weinwirtschaft, Tourismus, Hotel- und Gastgewerbe sowie die Automobil- und deren Zulieferer-Industrie“, erzählt Marc Watgen, Leiter des IHK-Dienstleistungszentrums Landau. Aber es gab auch echte „Exoten“. „Das liegt zwar schon etliche Jahre zurück und betraf einen Entwickler von ultraleichten Gyrokoptern oder Tragschraubern. Der brachte das Gerät, zusammengeklappt, gleich auf seinem Anhänger zu seinem IHK-Besuch in Landau mit.“ Aber auch sonst gab es Originelles: Einen Kameramann, einen Vertrieb von Bräunungssprays für den Tanzsport, eine Tierkommunikatorin oder Hypnose-Fachleute im nicht-therapeutischen Bereich. „Interessant war kürzlich auch ein Existenzgründer-Beratungsgespräch mit einem gewerblichen Baumkletterer“, erzählt Watgen.

Als ein Angebot mit „Leuchtturmcharakter“ für die ganze Republik“ sieht Thomas Engel auch den sogenannten „One-Stop-Shop“ an. Seit Jahresbeginn 2009 werden Gründer web-basiert in die Lage

versetzt, die Gründungsformalitäten wie Gewerbemeldungen, Mitteilungen an das Finanzamt, Agentur für Arbeit oder Berufsgenossenschaft leichter erledigen zu können. Alle zur Geschäftsaufnahme notwendigen Daten müssen im One-Stop-Shop nur einmal erfasst werden. Für die jeweilige Geschäftsidee werden fall-spezifisches Fachwissen und Hintergrundinformationen bereitgestellt sowie bestehende Erlaubnispflichten transparent gemacht. „Und wir haben dafür gesorgt, dass die Datenqualität bei der Gewerbeaufnahme nun sehr gut ist, weil 180 Plausibilisierungsfunktionen im One-Stop-Shop hinterlegt sind, so dass keine Gewerbeanzeige unvollständig oder fehlerhaft auf den Weg gebracht werden kann“, ergänzt Engel. Neben Weiterentwicklungen des One-Stop-Shops ist geplant, in diesem Jahr einen sogenannten „Standort-Finder“ anzubieten, der, regionalisiert, einem Unternehmen Informationen an die Hand gibt, wo in der Pfalz eine freie Gewerbefläche zur Verfügung steht. Inklusiv Preise, Anbindung, Ansprechpartner und so weiter. „Auch das bringt Transparenz rein, was die Standortqualität angeht“, sagt Engel. Seit dem 1. März 2012 organisieren die Starterzentren in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz und dem Institut der Freien Berufe auch Beratungsleistungen für Gründer, die sich freiberuflich selbständig machen wollen.

## Gründerseminare

Im Dienstleistungszentrum Pirmasens werden zum Beispiel pro Jahr rund 300 Existenzgründer beraten. „Wegen der verbesserten Arbeitsmarktsituation ist die Entwicklung derzeit rückläufig, allerdings gibt es eine deutliche Zunahme von Nebenerwerbsgründungen“, bilanziert Gabriele Westerkamp, die in Pirmasens für die

## 25 Jahre für den Wirtschaftsnachwuchs

### Senioren helfen Junioren Arbeitskreis e.V.

**1987 in Böblingen gegründet, feiert der Arbeitskreis Senioren helfen Junioren e.V. (ShJ) letztes Jahr sein 25-jähriges Bestehen. Bei ShJ engagieren sich junggebliebene, erfahrene Fach- und Führungskräfte aus verschiedenen Branchen. Sie geben ihre langjährigen Erfahrungen und ihre gesamte Fachkompetenz ehrenamtlich und branchenübergreifend an Existenzgründer sowie etablierte Unternehmer weiter. Als Ableger des ShJ haben sich die Wirtschaftspaten Rheinland-Pfalz organisiert.**

Im Mittelpunkt stehen neben der Unternehmensgründung auch die Existenzsicherung und die Unternehmensnachfolge. ShJ hat in den vergangenen 25 Jahren über 7.500 Beratungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erfolgreich durchgeführt. Das Netz an beratenden

Existenzgründungsberatung zuständig ist. Zum Beratungsangebot gehören beispielsweise kostenfreie individuelle Sprechstage zu allen unternehmensrelevanten Themen, „wir haben für jedes Thema einen Experten, rund 20 an der Zahl.“ Das Themenspektrum ist in Pirmasens besonders groß: „Verbesserung des Betriebsergebnisses durch Optimierung der Gemeinkosten, Fachkräfte finden und binden, Nachfolgeberatung für Senior-Unternehmer, Unternehmensanalyse ‚KMU-Check‘, Steuer-Sprechstunde, Marketing- und Rechtsberatung, Selbstmanagement, Burn-out erkennen und vermeiden, Web-Check, Qualitätsmanagement, CE-Kennzeichnung“, zählt Westerkamp auf. Im Rahmen der bundesweiten Gründerwoche Deutschland gehörte neben dem gebündelten Beraterangebot auch ein dreitägiges Gründerseminar zum Angebot.

**Hochzufrieden zeigt sich Marc Watgen** über den 14. Existenzgründungstag Metropolregion Rhein-Neckar in Landau. Über 1.000 Besucher waren in die Landauer Jugendstil-Festhalle gekommen, um sich kostenlos und fundiert zum Thema Selbständigkeit auf den neuesten Stand zu bringen. „Bei unserer Beratungsarbeit wurden wir von IHK-Kolleginnen aus Worms und Mannheim unterstützt. Die Zusammenarbeit klappte hervorragend und machte Spaß. Man konnte feststellen, dass die Qualität der Anfragen und der Existenzgründungskonzepte stetig wächst“, resümiert Watgen.

*Fred G. Schütz*



Ihr Ansprechpartner: **Thomas Engel**, Leiter Geschäftsbereich Existenzgründung und Unternehmensförderung, Tel. 0621 5904-2100, [thomas.engel@pfalz.ihk24.de](mailto:thomas.engel@pfalz.ihk24.de)

Wirtschaftssenioren, die in ganz Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Einsatz sind, umfasst rund 40 Berater mit ca. 1.750 Jahren Berufserfahrung. ShJ kooperiert intensiv mit Institutionen, die in engem Kontakt sowohl mit Gründern als auch mit bereits existierenden Unternehmen stehen. Kooperationspartner sind unter anderem die Starterzentren der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Wirtschaftsförderungen der einzelnen Regionen, die Agentur für Arbeit sowie Banken. Die Zusammenarbeit zwischen ShJ und seinen Partnern umfasst vielfältige Projekte, wie Seminarreihen zur Existenzsicherung und Gründertage. Aktuell betreuen sechs ShJ-Berater gemeinsam mit den Wirtschaftspaten Hessen die Gründer und Unternehmer in Rheinland-Pfalz. Ziel von ShJ ist es, nach baden-württembergischem Vorbild einen eigenständigen Arbeitskreis Senioren helfen Junioren e.V. zu gründen. Voraussetzung hierfür ist, das Beraternetz in Rheinland-Pfalz zügig weiter auszubauen. Daher suchen die ShJ-Berater Freiwillige, die sich engagieren möchten. (red)



[www.shj-beratung.de](http://www.shj-beratung.de)

## Fördergeld für Unternehmen

### Programm Betriebliche Kinderbetreuung

**Unternehmen können ab sofort am neuen Förderprogramm Betriebliche Kinderbetreuung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teilnehmen. Dabei erhalten Arbeitgeber einen Zuschuss, wenn sie neue, betriebliche Kinderbetreuungsplätze einrichten. „Der Ausbau der Kinderbetreuung ist von zentraler Bedeutung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern“, sagt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder.**

Das Förderprogramm richtet sich an Arbeitgeber aller Größen und Branchen mit Sitz in Deutschland. Neben Unternehmen können sich Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen und privaten Rechts beteiligen. Gefördert werden auch Verbundlösungen von Unternehmen, die sich für eine gemeinsame Kinderbetreuung zusammenschließen. Die Fördermittel werden als Anschubfinanzierung für bis zu zwei Jahre gewährt. Je neu geschaffenen Ganztagsbetreuungsplatz werden 400 Euro pro Monat als Zuschuss zu den laufenden Betriebskosten gezahlt. Mit dem Programm werden neue Gruppen mit Mitarbeiterkindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr gefördert. Das Förderprogramm Betriebliche Kinderbetreuung ist Teil des 10-Punkte-Programms für ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot



Für die betriebliche Kinderbetreuung gibt es ein neues Förderprogramm des Familienministeriums.

2013. Damit unterstützt das Bundesfamilienministerium auch Unternehmen, die ihre Beschäftigten mit einer betriebseigenen Kindertagespflege unterstützen wollen. Mit dem „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ erhalten Unternehmen Zuschüsse, wenn sie eine Tagesmutter oder einen Tagesvater fest anstellen. (red)



[www.fruehe-chancen.de](http://www.fruehe-chancen.de), [www.erfolgsfaktor-familie.de/kinderbetreuung](http://www.erfolgsfaktor-familie.de/kinderbetreuung)

## Steueränderungen 2013

### Infoveranstaltung am 15. Februar

**Wie jedes Jahr sind steuerrechtliche Änderungen zum Jahreswechsel in Kraft getreten. Welche das sind – darüber können sich alle Interessenten bei einer kostenlosen Infoveranstaltung am 15. Februar in der IHK Pfalz in Ludwigshafen informieren.**

So beginnt das Jahr 2013 schon mit einem Novum: Gesetzesänderungen, die zum Jahreswechsel hätten in Kraft treten sollen, werden erst in diesem Jahr rückwirkend beschlossen. Die Referenten gehen darauf ebenso ein wie auf die Einführung des neuen ELStAM-Verfahrens, den Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Abbau der kalten Progression sowie die geplanten Neuregelungen des Umsatzsteuergesetzes. Weitere Schwerpunkte: Neuerungen aus Rechtsprechung, Finanzverwaltung und Unternehmensbesteuerung sowie die ab 2013 zwingend abzugebende E-Bilanz. Thema sind auch neue Begünstigungen für alle Steuerzahler und speziell für Familien.



Anmeldung bei Pamela Weinerth, Tel. 0621 5904-2105, [pamela.weinerth@pfalz.ihk24.de](mailto:pamela.weinerth@pfalz.ihk24.de), [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 124479



## Höchstbeträge für Bürgschaften

### Bürgschaftsbank RLP hilft Unternehmen

**Seit November 2011 unterstützt die neu gegründete Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz bei der Finanzierung von betriebswirtschaftlich tragfähigen Vorhaben in Rheinland-Pfalz, sofern von Unternehmerseite keine ausreichenden Sicherheiten zur Verfügung gestellt werden können. Ab sofort bietet die Bank Firmen und Gründungswilligen einen neuen Höchstbetrag für Bürgschaften.**

So stellt sie seit dem 1. Januar 2013 Bürgschaften bis zu 1,25 Million Euro für die Finanzierung von betriebswirtschaftlich tragfähigen Vorhaben zur Verfügung – bisher betrug die Höhe der Bürgschaften eine Million Euro. Mit Gründung der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz hat sich das Fördergeschäft deutlich belebt; dies belegt die Zunahme der Anträge. Seit der Gründung wurden 146 Bürgschaften bzw. Garantien genehmigt. Mit einem Gewährleistungsvolumen von 24 Millionen Euro habe die Bank ein Kreditvolumen von 37 Millionen Euro abgesichert.

Die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz unterstützt sowohl Existenzgründer als auch bestehende Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Handwerksbetriebe und Angehörige freier Berufe. Grundsätzlich können alle Kreditarten verbürgt werden, die von Kreditinstituten zur Finanzierung gewerblicher Vorhaben angeboten werden. Die Verbürgungsquote kann bis zu 80 Prozent reichen.

Auch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH (MBG) kann ab sofort noch größere Vorhaben begleiten. So unterstützt sie KMUs mit Eigenkapital in Form von typisch stillen Beteiligungen. (red)



[www.bb-rlp.de](http://www.bb-rlp.de)

# Leit-Werk

## IHK Pfalz ist bundesweit Leit-IHK für die Leichtflugzeugbauer



**Ob er sich als Leit-Tragender empfindet, hat Bernd Mayer nicht verraten. Aber immerhin ist der Teamleiter der gewerblich-technischen Prüfungen bei der IHK Pfalz dafür zuständig, dass die Leichtflugzeugbauer bundesweit und bundeseinheitlich nach denselben Standards und mit denselben Prüfungsfragen ihre Fachkenntnisse nachweisen müssen. Die IHK Pfalz ist nämlich eine „Leit-IHK“ für diesen Ausbildungsberuf.**

„Bislang wurden die Prüfungsaufgaben für Kleinberufe häufig parallel in mehreren IHKs für den jeweils regionalen Bedarf entwickelt“, erzählt Mayer. „Die Gefahr bestand dabei, dass nach örtlichen Belangen, also mit Blick auf die vor Ort vorhandenen Firmen, geprüft wurde.“ Eine Rolle spielt auch, in welcher Berufsschulklasse der Azubi beschult wurde, bei den Leichtflugzeugbauern zum Beispiel entweder Holz oder Metall, und nicht so sehr die einschlägige Ausbildungsverordnung.

### Alles zentral

Die DIHK-Vollversammlung hatte bereits am 14. November 2008 beschlossen, dass Prüfungsaufgaben für Kleinberufe, die nicht von einer zentralen Aufgabenerstellungseinrichtung angeboten werden, künftig von einer sogenannten Leit-IHK bereitgestellt werden. „Da ich seit 2009 in der AG Leit-IHK mitarbeite, habe ich mich als Vertreter der IHK Pfalz für einen Beruf verpflichtet, als Leit-IHK tätig zu werden. In diesem Falle eben für den Beruf des Leichtflugzeugbauers“, sagt Mayer.

**Leichtflugzeugbauer stellen Leichtfluggeräte** wie Motorsegler, Ultraleichtfluggeräte, aber auch Segelflugzeuge her. Dazu nutzen sie Faserverbundwerkstoffe und Leichtmetalle, aus denen sie zunächst einzelne Bauteile herstellen. Sie prüfen die Bauteile auf Maßhaltigkeit, Oberflächenbeschaffenheit und Werkstofffehler und fügen sie anschließend zu Baugruppen zusammen, bis schlussendlich ein Leichtfluggerät entsteht. Leichtflugzeugbauer führen aber auch Inspektionen der Steuerungssysteme, Fahrwerke und Navigationsinstrumente durch. Sie finden ihren Arbeitsplatz in Industriebetrieben des Segel- und Leichtflugzeugbaus. Jährlich kommen zwei bis vier Prüflinge aus dem originären

Zuständigkeitsbereich der IHK Pfalz, „bundesweit sind es zwischen zwölf und zwanzig“, rechnet Mayer vor.

### Hoher Standard

Wenn pro Kleinberuf nur noch eine IHK Prüfungsaufgaben erstellt, wird eine erhebliche Effizienzsteigerung und Entlastung der gesamten IHK-Organisation erreicht, kalkuliert der DIHK. Durch die Unterstützung der PAL – das ist die Prüfungsaufgaben- und Lehrmittelentwicklungsstelle der IHK Region Stuttgart – und Konzentration auf nur noch jeweils eine Leit-IHK kann die Qualität dieser Prüfungsaufgaben an den hohen Standard der PAL-Aufgaben herangeführt werden, argumentiert der DIHK.

„Meine Aufgabe war es zunächst, einen Prüfungsausschuss zu installieren“, sagt Mayer. Die Prüfungsausschussmitglieder sollten wegen der bundesweiten Akzeptanz und den jeweiligen regionalen Eigenheiten nicht nur aus dem Bereich der IHK Pfalz kommen. „Meine Prüfer kommen aus den IHKs in der Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen und Brandenburg.“

**Nach den Maßgaben für die Leit-IHK muss** Mayer die Aufgaben für die Zwischenprüfung im Frühjahr und die Abschlussprüfungsaufgaben für Sommer und Winter liefern. Die Aufgaben müssen schwerpunktmäßig nach der Berufsverordnung ausgelegt werden, das heißt die Anzahl der Aufgaben und Inhalte richten sich nach den Unterrichtsstunden der BBS gemäß dem Rahmenlehrplan. Problematisch sei es oft, so Mayer, die praktischen Aufgaben umzusetzen, da es trotz allem beträchtliche regionale Unterschiede gibt. Keine Äußerlichkeiten sind auch die pünktliche Lieferung der Aufgaben sowie saubere Layouts der Prüfungsbögen. „Dabei müssen für jede Prüfung neue Aufgaben entwickelt werden, dies war bei regionalen Aufgaben nicht notwendig“, sagt Mayer. Zudem unterliegen die Prüfungsaufgaben einer besonderen Geheimhaltungspflicht, und die Leit-IHK muss Sorge tragen, dass die umfangreichen und detaillierten Geheimhaltungsrichtlinien des DIHK eingehalten werden.

### Verpflichtend

Die von einer Leit-IHK erstellten Aufgaben haben den Charakter von überregional erstellten Aufgaben. Die IHKs sind verpflichtet, die so erstellten Aufgaben zu übernehmen, sofern sie nicht durch Prüfungsordnung oder Staatsvertrag daran gehindert sind. Somit sind auch die Prüfungsausschüsse in den IHKs vor Ort verpflichtet, diese Aufgaben einzusetzen.

**Für problematisch hält es Mayer**, dass Prüflinge auch schon mal Berufsschulklassen zugeordnet sind, wo sie nach Ansicht des Experten „nicht hingehören, zum Beispiel bei den Holzmechanikern. Diese Prüflinge haben große Schwierigkeiten bei der schriftlichen Prüfung, da ihnen die Fachlichkeit fehlt. Fluggerätmechaniker sollten in einer BBS beschult werden, wo im Umfeld auch entsprechende Unternehmen angesiedelt sind. Das ist zum Beispiel in Speyer der Fall. Die BBS dort ist hervorragend aufgestellt, mit erstklassigen Lehrern.“ *Fred G. Schütz*



## IHK würdigt das Ehrenamt

20 Prüferinnen und Prüfer in Kaiserslautern geehrt



Die geehrten Prüfer

Die IHK Pfalz hat insgesamt 20 ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfern aus der Westpfalz IHK-Ehrennadeln in Gold und in Silber verliehen. Die Ehrennadel ist ein Zeichen des Dankes für das langjährige ehrenamtliche Engagement und die damit verbundene Arbeit in den IHK-Prüfungsausschüssen. Zwölf Prüfer wurden mit der silbernen, acht mit der goldenen Nadel geehrt.

Mehr als 3.600 kaufmännische Abschlussprüfungen wurden im vergangenen Jahr in der Pfalz durchgeführt. „Ohne Sie, die engagierten Fachleute aus Wirtschaft und Berufsschule, wäre diese Aufgabe nicht zu bewältigen“, betonte IHK-Vizepräsidentin Heike Werle. Die Prüferinnen und Prüfer

stellen ihr Fachwissen und vor allem auch ihre Zeit zur Verfügung, sei es als Arbeitnehmer, als Arbeitgeber oder auch als Lehrer. Werle dankte auch den Firmen und Schulen, die sich selbst engagieren oder ihre Mitarbeiter für dieses Ehrenamt freistellen.

Mit der Ehrennadel in Gold wurden ausgezeichnet: Joseph Dahlem, Kai Uwe Drewes, Karlheinz Hutzler, Erwin Kurz, Otmar Lenk, Hans-Jürgen Leonhardt, Rigobert Meyer, Ralf Nicklich, Monika Stöpfel. Die Ehrennadel in Silber erhielten: Jürgen Beil, Wolfgang Hahn, Bernd Helbing, Alice Höft, Ute Lampert, Dieter Leyenberger, Christian Reith, Peter Seibel, Maik Stegk, Ulrike Thiel-Harlos, Elke Wolf. (red)

## STUDIENREISE

Praktische Einblicke in das deutsche System der Erwachsenenbildung zu erhalten, war Ziel einer Studienreise bosnischer Erwachsenen- und Berufspädagogen aus Ministerien und staatlichen Bildungsagenturen. Dazu besuchten sie das Zentrum für Weiterbildung Ludwigshafen der IHK Pfalz. Michael Böffel (Geschäftsbereichsleiter Ausbildung) und Michael Csenda (Leiter Zentrum für Weiterbildung Ludwigshafen) erläuterten das duale



Aus- und Weiterbildungssystem. Hintergrund der Reise sind die großen Qualifizierungslücken in der bosnischen Bevölkerung, denen eine unzureichende Erwachsenenbildung gegenübersteht. Gründe dafür sind die Folgen des Krieges, fehlende Geldmittel und die Zersplitterung der Bildungshoheit.

## „Faszination Technik“

Preisverleihung für Schüler

Insgesamt 21 Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz wurden in Pirmasens für ihre Leistungen im Wettbewerb „Faszination Technik“ geehrt. Insgesamt beteiligten sich 260 Schülerinnen und Schüler aus 20 Schulen am diesjährigen landesweiten Wettbewerb. Ausgerichtet wurde dieser bereits zum elften Mal vom Landesverband Rheinland-Pfalz des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Bildungsministerium.

Zur Teilnahme aufgerufen waren Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 6 und 7 aller Schularten in Rheinland-Pfalz. Das diesjährige Thema „Wie kann man mit Robotik unser Leben in der Zukunft verbessern?“ haben die Teilnehmenden in Bilder, Texte, Modelle und Videoclips umgesetzt.

Der Wettbewerb setzt ganz bewusst auf kreative Gestaltungsformen und nicht auf eine physikalisch-technische Aufarbeitung, um auch solche Schülerinnen und Schüler, die zunächst weniger an Technik interessiert sind oder sich die Beschäftigung damit nicht zutrauen, zum Mitmachen zu motivieren und so Talente zu wecken.

In seinem Grußwort hob Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur in Rheinland-Pfalz, Hans Beckmann, die Bedeutung des Wettbewerbs hervor: „Der Schülerwettbewerb ‚Faszination Technik‘ leistet einen wichtigen Beitrag zu dem gemeinsamen Ziel, schon bei jüngeren Schülerinnen und Schülern Interesse an naturwissenschaftlich-technischen Themen zu wecken und Begabungen zu fördern.“

Dr. Meinolf Gerstkamp vom VDI zeigte sich von der Qualität der Einsendungen beeindruckt. Die kleinen Ingenieurinnen und Ingenieure haben zum Beispiel Roboterlösungen zum Zimmeraufräumen, als Blindenhelfer und als Taubstummen-Dolmetscher entwickelt. Hervorzuheben sei nicht nur das große Engagement der Schüler, sondern auch der Einsatz der Lehrkräfte, die die Schülerinnen und Schüler nach Kräften unterstützten, so Dr. Meinolf Gerstkamp. (red)

## Bauwirtschaft verleiht Preise

Preisträger aus ganz Rheinland-Pfalz

**Mit dem Hochschulpreis 2012 wurden in Kaiserslautern die besten Studienabsolventen rheinland-pfälzischer Hochschulen ausgezeichnet. Mit diesem Preis würdigt die rheinland-pfälzische Bauwirtschaft alljährlich die jungen Architekten und Bauingenieure, die die besten Hochschularbeiten (Diplom-, Master- und Bachelorarbeiten) verfasst haben.**

Dabei handelt es sich um einen landesweiten Leistungswettbewerb zwischen Absolventen der Technischen Universität Kaiserslautern, den Fachhochschulen Mainz, Kaiserslautern und Koblenz sowie der Hochschule Trier. Preisträger bei den Bauingenieuren waren Joé Kries (TU Kaiserslautern), Andre Daniels (HS Trier) und Jonas Wolf (TU Kaiserslautern). Bei den Architekten gingen die Preise an Nastasja Schlaf (FH Kaiserslautern), Silvia Köllner (TU Kaiserslautern), Sascha Galistel (FH Mainz) und Eva Hagen (HS Trier). Preisträger des Sommerrock Holzbaupreises sind Sebastian Sokol (FH Kaiserslautern), Florian Budke (TU Kaiserslautern), Markus Adams, Frederic Maas und Michael Veres (FH Kaiserslautern) sowie Friederike Schendel (TH Kaiserslautern).

Dipl.-Ing. Karl-Wilhelm Faber wies als Sprecher der Bauwirtschaftsverbände Rheinland-Pfalz in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, dass kostengünstiges Planen und Bauen sowie eine stärkere Verbindung zwischen Praxis und Lehre Ziele des Wettbewerbs seien. Mit den Hochschulpreisen solle insbesondere innovatives Denken mit Blick auf die besonderen Anforderungen bei der praktischen Bewältigung des Baugeschehens gefördert werden – eine optimale Vernetzung aller Beteiligten sei die Basis für praxisgerechte Lösungen. (red)



## Einstieg ins Wirtschaftsenglisch

Lehrgang startet Mitte Februar – Noch Plätze frei

**Um sich erfolgreich auf der internationalen Bühne zu bewegen, reicht das normale Schulenglisch oft nicht aus. Ein Lehrgang der IHK Pfalz erleichtert Teilnehmern aus allen Wirtschaftszweigen den Einstieg in das kaufmännische Englisch.**

So werden in dem vierwöchigen Kurs, der am 14. Februar in Landau startet, vorhandene Sprachkenntnisse aktiviert, Grundlagen im kaufmännischen Wortschatz, Grammatik sowie einfache englische Geschäftsbriefe, E-Mails, Präsentationen und das Telefonieren im Büro umfassend behandelt. Zudem soll die eigene Sprachfertigkeit vervollkommen werden. Der Kurs ist sowohl für junge als auch für ältere Mitarbeiter geeignet und findet jeweils

Dienstag- und Donnerstagabend statt.

**i** Anmeldung bei Vanessa Unger  
Tel. 06341 971-2586,  
vanessa.unger@pfalz.ihk24.de, weitere Infos unter [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de),  
Dokument-Nr. 14914657





# Aktuelle Angebote

Alle Themen bieten wir Ihnen auch als Inhouse-Seminare an.

### Lehrgänge mit IHK-Prüfung

Gepr. Schutz- und Sicherheitskraft .....	12.02.13 - 17.09.13
Industriemeister/-in Elektrotechnik.....	07.11.13 - 23.04.16
Industriemeister/-in Kunststoff und Kautschuk.....	20.03.13 - 16.12.15
Industriemeister/-in Mechatronik.....	06.02.13 - 13.04.16
Industriemeister/-in Metall .....	21.10.13 - 22.10.16
Industriemeister/-in Chemie .....	04.03.13 - 19.03.16
Gepr. Betriebswirt/-in .....	08.10.13 - 22.05.15
Gepr. Techn. Betriebswirt/-in.....	27.08.13 - 11.09.15
Gepr. Bilanzbuchhalter/-in .....	03.09.13 - 24.07.15
Gepr. Marketingfachkaufmann/-frau .....	05.09.13 - 23.01.15
Gepr. Personalfachkaufmann/-frau .....	16.04.13 - 12.09.14
Gepr. Personalfachkaufmann/-frau - kompakt - .....	02.02.13 - Okt.13
Gepr. Bankfachwirt/-in.....	14.08.13 - 13.09.14
Gepr. Fachwirt/-in im Gesundheits- und Sozialwesen.....	16.08.13 - 12.09.15
Gepr. Fachwirt/-in im Gesundheits- und Sozialwesen.....	08.10.13 - 28.02.15
Gepr. Wirtschaftsfachwirt/-in .....	19.08.13 - 18.03.15
Gepr. Wirtschaftsfachwirt/-in – Kompakt – .....	02.03.13 - 05.04.14
Ausbildung der Ausbilder – für Fachwirte – .....	03.06.13 - 07.06.13
Ausbildung der Ausbilder – Intensiv – .....	11.03.13 – 08.05.13
Ausbildung der Ausbilder – Intensiv – .....	01.07.13 – 04.09.13
Ausbildung der Ausbilder – Intensiv – .....	13.03.13 – 13.05.13
Ausbildung der Ausbilder – Teilzeit – .....	25.04.13 – 29.06.13
Ausbildung der Ausbilder – Teilzeit – .....	13.03.13 – 01.06.13
Ausbildung der Ausbilder – Vollzeit – .....	15.04.13 – 26.04.13
Ausbildung der Ausbilder – Vollzeit – .....	13.05.13 – 27.05.13

### Lehrgänge mit IHK-Zertifikat

Barkeeper/Barista (IHK) – NEU – .....	25.02.13 – 19.03.13
Grundlagen BWL für Nichtkaufleute .....	ab 12.04.2013
Technik für Kaufleute (IHK) – NEU .....	auf Anfrage
Train the Trainer (IHK) .....	28.03.13 – 12.09.13
Wirtschaftsenglisch – Der Schlüssel zum Weltmarkt.....	08.04.13 - 03.07.13
Grundlagen der Hydraulik und Elektrohydraulik .....	auf Anfrage
Grundlagen der Pneumatik und Elektropneumatik .....	auf Anfrage
Industriefachkraft für Automatisierungstechnik.....	ab 07.09.2013

### Seminare und Kurzlehrgänge mit IHK-Teilnahmebescheinigung

LU	Persönlichkeitsprofil des Azubis erkennen und damit umgehen .....	26.06.13	LU
LU	Selbstverantwortung von Azubis durch Projekte.....	27.06.13	LU
PS	Management im Büro und Sekretariat – Modul 1 .....	26.02.13 – 27.02.13	LU
LU	Verkaufstraining für den Innendienst .....	05.03.2013	LU
LD	Verkaufstraining für den Außendienst .....	07.03.2013	LU
LU	Basisseminar für Immobilieneinsteiger .....	05.03.13 – 06.03.13	LU
LU	Wertermittlung – Der „richtige“ Preis für Immobilien .....	07.03.2013	LU
LU	Erfolgreich im Vertrieb für Neu- und Seiteneinsteiger .....	12.03.2013	LU
LU	Buchführung in der Praxis in kleinen u. mittleren Unternehmen ..	18.02.13 – 21.03.13	LU
LU	Lohn- und Gehaltsabrechnung in der Praxis		
LD	in kleinen u. mittleren Unternehmen .....	06.06.13 – 29.06.13	LD
LD	Wirtschaftsenglisch – Einstieg .....	14.02.13 – 21.03.13	LD

### Azubi FIT

LU	Dienstleistungskompetenz als Grundlage für Auszubildende .....	17.04.13	LU
LU	Zeitgemäße Kommunikation .....	10.04.13	LU
LU	Präsentationstraining für Auszubildende .....	26.03.13	LU
LD	Präsentationstraining für Auszubildende .....	12.04.13	LD
LD	Grundlehrgang Rechnungswesen –		
LD	Buchführung/Kostenrechnung .....	19.02.13 – 21.03.13	LD
LD	Grundlehrgang Rechnungswesen –		
LU	Buchführung/Kostenrechnung .....	26.03.13 – 30.04.13	LU
LU	Crashkurs BWL .....	08.04.2013 – 25.04.13	LU
LU	Übungen zur Vorber. auf die Prüfung Bürokaufl. Kommunikation ..	13.05.13 + 16.05.13	LU
LD	Übungen zur Vorber. auf die Prüfung Bürokaufl. Kommunikation ..	23.05.13 + 28.05.13	LD
LD	Übungen zur Vorber. auf die Prüfung Bürokaufl. Rechnungswesen ..	07.03.13 – 14.03.13	LD
LU	Übungen zur Vorber. auf die Prüfung Bürokaufl. Rechnungswesen ..	11.03.13 – 18.03.13	LU
LD	Übungen zur Vorber. auf die Prüfung Industriekaufleute schriftl. ....	14.03.13 + 15.03.13	LD
LU	Übungen zur Vorber. auf die Prüfung Industriekaufleute schriftl. ....	12.03.13 + 13.03.13	LU
PS	Speicherprogrammierbare Steuerungen .....	Auf Anfrage	PS
PS	Grundlagen der Pneumatik und Hydraulik für Mechatroniker.....	Auf Anfrage	PS
PS	Schweißen für Auszubildende Basisqualifikation .....	Auf Anfrage	PS
PS	Schweißen für Auszubildende in Metall- und Elektroberufen .....	Auf Anfrage	PS
PS	Metalltechnik Grundfertigkeiten.....	ab 02.09.2013	PS
PS	Elektrotechnik Grundfertigkeiten.....	Auf Anfrage	PS

Weiterbildungsangebote weiterer regionaler und überregionaler Anbieter finden Sie im Internet über Datenbanken wie z. B. das Weiterbildungsinformationssystem WIS ([www.wis.ihk.de](http://www.wis.ihk.de)) und die Datenbank KURS der Bundesagentur für Arbeit ([www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)). Zudem können Sie sich bei der IHK informieren unter Tel. 0621 5904-1820.

# Wenn alle Brunnlein fließen...

## Trinkwasserverordnung: Novelle folgt Novelle auf dem Fuß

Nein, es geht natürlich nicht darum, dass sich der Gesetzgeber Sorgen machte, wir könnten Gefahr laufen, unseren Morgenkaffee mit abgestandenem Leitungswasser zu kochen, und der schmeckte dann wie eingeschlafene Füße. Dass die Novelle der Trinkwasserverordnung von 2011 innerhalb nur eines Jahres erneut renoviert worden ist, hat schlicht praktische Gründe, die aus einem sperrigen Stück Gesetz eine etwas handhabbarere Version hat entstehen lassen.

Kathrin Mikalauskas, zuständige Referentin im Geschäftsbereich Innovation, Umwelt und Energie der IHK Pfalz, begrüßt diese Novelle grundsätzlich. „Es geht bei der Novelle der Trinkwasserverordnung insbesondere um die Ausweitung der Legionellenuntersuchungspflicht auf den gewerblichen Bereich, erläutert die Expertin. Betroffen sind Unternehmen (und sonstige Inhaber einer Wasserversorgungsanlage), die eine Großanlage zur Trinkwassererwärmung besitzen. Dabei geht es immer um sogenanntes vernebeltes Trinkwasser, wie es etwa bei Duschen oder in Spülmaschinen in der Gastronomie vorkommt. „Deshalb sind insbesondere Vermieter von Wohnraum, Fitnessstudios, Campingplätze sowie Hotels und Gaststätten besonders betroffen. Hotels und Gaststätten sind jedoch nach Auffassung des Gesundheitsministeriums schon länger verpflichtet, da diese eine ‚öffentliche Tätigkeit‘ ausüben.“ Ungewöhnlich sei, dass die Novelle der Novelle so rasch kam.

### Entlastungen

Noch im September und Oktober fanden die einschlägigen Info-Veranstaltungen der IHK eine starke Resonanz. Kaum hatten sich die angesprochenen Immobilienunternehmen und Hoteliers auf den neusten Stand gebracht, folgte bereits die zweite Novelle, die Ende letzten Jahres in Kraft getreten ist. Weil sie aus Sicht von Mikalauskas vor allem Erleichterungen für die Unternehmen bringt, „ist sie zu begrüßen. Außerdem werden die Gesundheitsämter entlastet“, da die Anzeigepflicht entfällt, wenn kein Legionellenbefall festgestellt wurde. Gemeldet werden muss nur dann, wenn die Grenzwerte überschritten wurden. Die Novelle soll rückwir-



kend in Kraft treten und verschiebt damit die erstmalige Untersuchungspflicht auf Legionellen um ein Jahr nach hinten auf den 31. Dezember 2013. „Unternehmer, die sich frühzeitig informiert und die entsprechenden Maßnahmen bereits ergriffen haben, sind insoweit benachteiligt, als sie damit eine zusätzliche Untersuchung veranlasst haben“, sagt Mikalauskas. Für rein gewerbliche Tätigkeiten ist nur alle drei Jahre eine Untersuchung vorgeschrieben. Ausgenommen sind Hoteliers, die jährlich untersuchen lassen müssen.

„Die Trinkwasserverordnung führt erstmals verbindliche Regeln für Materialien und Werkstoffe ein, die in Kontakt mit Trinkwasser kommen“, heißt es vom Umweltbundesamt (UBA). Das sei der Schwerpunkt der aktuellen Änderungen, die am 13. Dezember 2012 in Kraft getreten sind. Trinkwasser aus dem öffentlichen Leitungsnetz komme in der Regel überall in Deutschland mit sehr guter Qualität in den Häusern an. Dort, wo Verunreinigungen des Trinkwassers festgestellt werden, entstehen diese meistens in der Trinkwasser-Installation im Gebäude, etwa durch falsche Materialien für Rohre, Armaturen oder Schläuche. Falsche Materialien können unerwünschte Stoffe in das Trinkwasser abgeben. „Fehler bei Planung, Einbau und Materialauswahl der Installation können zur Vermehrung von Krankheitserregern wie Legionellen führen, die für Lungenentzündungen verantwortlich sind. Beides passiert

insbesondere dann, wenn das Wasser zu lange im Leitungssystem stagniert. Durch die Änderung der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) kann das Umweltbundesamt nun zur Bewertung der hygienischen Eignung von Werkstoffen und Materialien verbindliche Anforderungen festlegen.“

### Verbindlicher

Diese sollen die bisher unverbindlichen Leitlinien nach und nach ersetzen. Jeweils zwei Jahre nach deren Festlegung dürfen bei der Neuerrichtung und Instandhaltung von Wasserversorgungsanlagen (etwa Trinkwasser-Installationen) nur noch Werkstoffe und Materialien verwendet werden, die diesen Anforderungen entsprechen. Die Novelle der Trinkwasserverordnung sieht weiterhin praktikablere Regelungen zum Legionellenschutz vor.

„Bereits jetzt sollten Eigentümer beim Bauen und Instandsetzen von Trinkwasser-Installationen darauf achten, dass der Installateur nur Produkte aus geprüften Werkstoffen und Materialien einbaut“, heißt es vom Umweltbundesamt. Dafür veröffentlicht das Umweltbundesamt bislang unverbindliche Leitlinien und Empfehlungen, zum Beispiel für Kunststoffe, Elastomere (etwa Gummidichtungen und Membranen), Beschichtungen, Schmier-

stoffe und Metalle. Diese Leitlinien und Empfehlungen wird das Umweltbundesamt in den nächsten ein bis zwei Jahren zu „Bewertungsgrundlagen“ nach dem neuen § 17 TrinkwV 2001 weiterentwickeln. Bei Bedarf kommen weitere Werkstoffgruppen hinzu.

**Spätestens zwei Jahre nach Veröffentlichung** der Bewertungsgrundlagen müssen Hersteller ihre Produkte so umgestellt haben, dass sie diesen Anforderungen genügen. Werden dann Trinkwasser-Installationen neu errichtet oder Teile davon ausgetauscht, dürfen Betreiber von Wasserinstallationsanlagen keine Materialien mehr verwenden, die den Anforderungen widersprechen. Sofern Installateure oder Hauseigentümer schon jetzt Materialien und Werkstoffe einsetzen, die die Anforderungen der UBA-Leitlinien erfüllen, werden sie keine Schwierigkeiten haben, diese auch zukünftig einzuhalten. *Fred G. Schütz*

**i** Ihre Ansprechpartnerin:  
Kathrin Mikalauskas, Referentin für Umwelt und Energie  
bei der IHK Pfalz, Tel. 0621 5904-1612  
kathrin.mikalauskas@pfalz.ihk24.de  
Weitere Infos auf [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de),  
Dokument-Nr. 91253

## Aus Pionieren werden Lotsen

### eBusiness-Lotse: Neutrale Information für den Mittelstand



„Die IHK Zetis hat über 15 Jahre Erfahrung darin, den pfälzischen Mittelstand in Sachen IKT, also Informations- und Kommunikationstechnologie, zu informieren“, sagt Bernd Heß, zuständiger Projektleiter bei der IHK-Projekttochter in Kaiserslautern. „Mit dem vom Bundeswirtschaftsministerium völlig neu aufgesetzten Förderprogramm ‚Mittelstand digital‘, zu dem auch der sogenannte ‚eBusiness-Lotse‘ gehört, ist unser Unterstützungsangebot nun auf den Stand des 21. Jahrhunderts gebracht.“

Die Zeiten haben sich massiv gewandelt, seit IK-Technologien auch in der pfälzischen Wirtschaft Einzug gehalten haben. Wir sprechen von 1998, als etwa „Klick“, das Kompetenzzentrum für elektronischen Geschäftsverkehr Rheinland-Pfalz, eingerichtet worden war. „Das war damals etwas für Pioniere und nichts für Feiglinge“, denkt Heß zurück. IKT und Internet waren 1998 noch eher Verheißung, die Möglichkeiten und Risiken der neuen Technologien unentdecktes Land. „Das hat sich seither massiv verän-

dert, IKT ist zu einer Querschnittstechnologie geworden, die alle Geschäftsbereiche und Abläufe beinahe eines jeden Unternehmens mehr oder weniger intensiv durchdringt", weiß Heß, der nun auch die Funktionsbezeichnung „Leiter eBusiness-Lotse Pfalz“ trägt, aus eineinhalb Jahrzehnten Beratungspraxis.

## TERMIN

„Optimierung von Geschäftsprozessen im Mittelstand“ heißt die erste kostenfreie Info-Veranstaltung der eBusiness-Lotsen am 26. Februar um 14 Uhr bei der IHK Zetis in Kaiserslautern. Referenten sind Frank Halfell, enbiz GmbH, Michael Heil, Institut für Kybernetisches Planen und Bauen, und Bernd Heß, IHK Zetis GmbH.

## Anlaufstelle Zetis

Im Rahmen des Förderprogramms „Mittelstand-Digital“ können mit der Initiative „eKompetenz-Netzwerk für Unternehmen“ bundesweit etwa 40 regionale eBusiness-Lotsen anbieterneutrale und praxisnahe IKT-Informationen für Unternehmen, insbesondere für KMU und Handwerk, zur Verfügung stellen. Eine dieser wichtigen Anlaufstellen für Unternehmen ist die IHK Zetis in Kaiserslautern. Zetis wird damit weiterhin den pfälzischen Unternehmen in allen Fragen rund um die IKT unterstützend zur Verfügung stehen.

**Das Infobüro soll als** eBusiness-Kompetenzzentrum auch als Bindeglied zwischen den IKT-Nachfragern und den IKT-Anbietern dienen, so dass den Unternehmen der Zugang zu professioneller kommerzieller

Hilfe erleichtert wird, ohne zu diesen Marktteilnehmern in Konkurrenz zu treten. Das Büro soll die Nachfrager in der „vorwettbewerblichen Phase“ unterstützen, ihnen Wege zeigen und sie führen, was auch im Namen eBusiness-Lotse zum Ausdruck gebracht wird.

## Sparringspartner

Ein Schwerpunkt der Arbeit wird aus Veranstaltungen und Informationsangeboten bestehen, die nicht in Konkurrenz zu kommerziellen Anbietern stehen. Die Informationen können auf allen Kanälen und auch im Unternehmen vor Ort zur Verfügung gestellt werden. „Wir helfen auch gern als „Sparringspartner“ bei der Einführung innovativer IKT-Lösungen, etwa bei der Umstellung von Papier- auf elektronische Rechnungen, um die Akzeptanz bei Kunden und Lieferanten zu erhöhen“, sagt Heß.

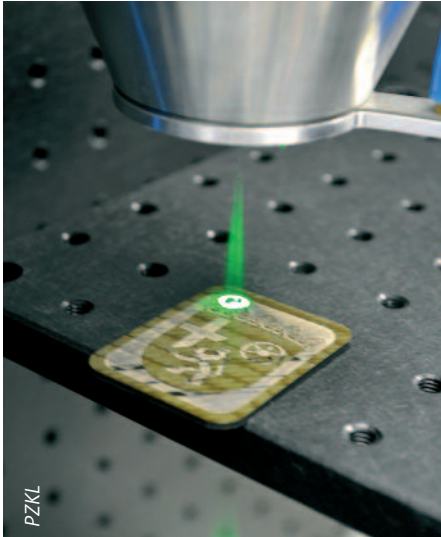
**Die eBusiness-Lotsen helfen** den Unternehmen dabei, IKT-Anwendungen effizienzsteigernd einzusetzen und Geschäftsprozesse durchgehend zu digitalisieren. „eBusiness-Lotsen stellen wertvolles Wissen und praxisrelevante Informationen bereit, bieten fachkundige Hilfestellungen und unterstützen bei der Auswahl und dem Einsatz passender IKT-Lösungen“, wirbt Heß für das neue Angebot. Durch die Verbesserung der IKT-Kompetenz von KMU tragen die eBusiness-Lotsen somit aktiv zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen bei.

„Für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ist der effektive Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, kurz IKT, ein entscheidender Faktor“, hatte Ernst Burgbacher, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministe-

rium für Wirtschaft und Technologie und Beauftragter der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus, in seinem Grußwort zum Start von „Mittelstand digital“ betont. „Das eBusiness, die Abwicklung von Geschäftsprozessen durch den Einsatz moderner IKT, reduziert den bürokratischen Aufwand zwischen Unternehmen und mit der öffentlichen Verwaltung. Es kann Hindernisse beim Export abbauen, damit Unternehmen ihre Chancen auf Auslandsmärkten verbessern.“ Das eBusiness verbessere die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen.

**Ein Garant für die Qualität** der Unterstützung ist, so Bernd Heß, „dass die eBusiness-Lotsen untereinander gut vernetzt sind, um durch einen kontinuierlichen Austausch von Informationen und Erfahrungen einen qualifizierten Technologietransfer in großer thematischer Breite zu gewährleisten. Die Unternehmen haben alle Möglichkeiten, mit uns in Kontakt zu treten und unsere kostenfreien Angebote zu nutzen, Website, Facebook-Auftritt, gern auch telefonisch oder per E-Mail.“  
*Fred G. Schütz*

**i** Dipl.-Ing. Bernd Heß, Leiter eBusiness-Lotse Pfalz, IHK Zetis GmbH, Tel. 0631 303-1232, [hess@zetis.de](mailto:hess@zetis.de), [www.ebusiness-lotse-pfalz.de](http://www.ebusiness-lotse-pfalz.de) und [www.facebook.com/eBusinessLotsePfalz](http://www.facebook.com/eBusinessLotsePfalz)



## Per Laser Daten in Produkte umwandeln

600.000 Euro Förderung für Laserverfahren

**600.000 Euro Fördermittel stellt das Rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium in den Jahren 2013 bis 2015 dem Projekt „digital photonic production – Effizienzsteigerung für die wirtschaftliche Fertigung“ des Photonik-Zentrums Kaiserslautern e.V. im Rahmen seines Aufbaus zur Verfügung.**

Als „digital photonic production“ oder „Produktion 2.0“ setzen Laserverfahren schon heute in ersten Einsatzfeldern digitale Daten unmittelbar in materielle Produkte um. Wie früher an der Werkbank bringen Laserverfahren beliebige Formen

hervor und ermöglichen die Massenfertigung individualisierter Produkte. Davon können insbesondere KMUs profitieren, weil eine flexible Fertigung vom Einzelstück bis hin zur Serie möglich wird. Die Kosten wären mit denen einer Serienfertigung vergleichbar - ein großer Wettbewerbsvorteil. Die Fördersumme setzt sich zu 280.000 Euro aus Landesmitteln und zu 320.000 Euro aus Mitteln des europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zusammen. (red)

 [www.pzkl.de](mailto:www.pzkl.de)

## Innovationsdynamik hält an – trotz gedämpfter Konjunktur

DIHK-Innovationsreport 2012

**Die Innovationsdynamik in Deutschland flaut zwar etwas ab, bleibt aber auf hohem Niveau: Zu diesem Ergebnis kommt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in einer aktuellen Umfrage unter rund 1.000 innovationsstarken Unternehmen.**

**Fast jedes zweite Unternehmen** (48 Prozent) wird in 2013 nochmals seine Innovationsanstrengungen intensivieren – trotz Schuldenkrise und abflauernder Konjunktur. Damit setzt sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. 2011 gaben dies noch knapp 51 Prozent an.


**Im Vergleich zum Vorjahr** berichten nur noch sieben Prozent aller Unternehmen von verbesserten, 62 Prozent von gleichen und 32 Prozent von schlechteren externen Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Innovationsprojekte. Dabei geben 18 Prozent aller Betriebe an, keine externe Finanzierung erhalten zu können. Dies bedeutet seit 2010 eine schleichende Verschlechterung.

**Die Finanzierungssituation** trifft KMUs am härtesten und zeigt die Bedeutung der Eigenkapitalausstattung – 57 Prozent der Betriebe finanzieren ihre Innovationsprojekte überwiegend aus Eigenkapital.

**69 Prozent aller** mit Hochschulkooperationen erfahrenen Unternehmen wünschen sich Verbesserungen, vielen mangelt es an

Transparenz und einer höheren Kooperationsbereitschaft der Wissenschaftler. Universitäten haben zudem Defizite beim Technologietransfer, insbesondere bei der Zusammenarbeit mit KMUs. Als Priorität für den Innovationsstandort Deutschland geben 34 Prozent der Unternehmen den einfachen Zugang zur Projektförderung an. Als „best practice“ gilt dabei nach wie vor das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) ([www.zim.de](http://www.zim.de)) des Bundeswirtschaftsministeriums; vor kurzem erhielt das 10.000ste Unternehmen eine Förderzusage.

**Der Innovationsstandort** Deutschland zeigt sich in sehr robuster Verfassung. Die steigenden Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation sichern die Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings verschärft sich der Wettbewerb in den letzten Jahren erheblich, besonders bei Hochtechnologieprodukten. Die Politik, so der DIHK, sollte konkret an den „Großbaustellen“ ansetzen wie Fachkräfte- und Forscherangel oder die Vereinfachung des Steuerrechts. (red)

 **DIHK-Innovationsreport 2012** als Download unter [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 340. Exemplare in gedruckter Version bei der IHK Pfalz Innovations- und Technologieberatung, Tel. 0621 5904-1640, [holger.grotelueschen@pfalz.ihk24.de](mailto:holger.grotelueschen@pfalz.ihk24.de)

## Neue Partnerschaft

Fraunhofer IESE und Insiders Technologies

**Das Fraunhofer IESE, führendes Institut für Software- und Systementwicklungsmethoden, und Insiders Technologies, marktführendes Softwareunternehmen für intelligente Produkte zur Dokumentverarbeitung aus Kaiserslautern, intensivieren mit der Gründung eines gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungslabors am Standort Kaiserslautern ihre strategische Partnerschaft.**

**Im Joint Research & Development Lab** (JR&D Lab) werden künftig gemeinsam innovative Produkte entwickelt, um das Angebotsportfolio von Insiders auf der Grundlage modernster Forschung marktgerecht zu erweitern. Beide Partner versprechen sich viel vom gegenseitigen Wissens- und Technologietransfer: Das Fraunhofer IESE kann die Effektivität und Effizienz seiner innovativen Entwicklungsmethoden, für die das Forschungsinstitut weltweit bekannt ist, in weiteren realen Projekten empirisch testen.

**Prof. Dr. Dieter Rombach**, Geschäftsführender Institutsleiter, stellt dazu klar: „Das Besondere an dem Projekt ist die aktive Einbindung von Referenzkunden schon vor der industriellen Einsatzreife der Ergebnisse.“ Werner Weiss, Geschäftsführer von Insiders Technologies, setzt auf das Research & Development Lab zur Entwicklung von Produkten, die den höchsten Wissenschaftsstandards entsprechen und die exzellente Position seines Unternehmens im internationalen Wettbewerb für Doku-

mentenmanagement sichern. Das erste gemeinsame Projekt ist die Arbeit an einem Produkt zur unternehmensweiten systemübergreifenden Kontrolle und Steuerung der kompletten eingangsdokumentbezogenen Geschäftsprozesse insbesondere für Versicherungen. Neben der Entwicklung weiterer Produktinnovationen im Joint Research & Development Lab sollen parallel beispielsweise die Betreuung von Promotionen, gemeinsame Fachpublikationen oder Forschungs-Sabbaticals im Fokus der Zusammenarbeit stehen. (red)



## Zukunft gestalten

### Mannheim Forum 2013

An der Uni Mannheim findet vom 14. bis 16. März eine interdisziplinäre Großveranstaltung für 11.000 Studenten statt: das Mannheim Forum 2013.

Dabei sollen **Persönlichkeiten** aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gemeinsam mit den Studenten diskutieren, damit sie neue Impulse und Perspektiven erhalten und die Gelegenheit bekommen, ihren Horizont zu erweitern. „Lust auf mehr? Aber wie viel mehr geht noch? Und wie geht mehr mit weniger? Wir machen Ressourcen zum Thema!“ – so lautet das Motto des Mannheim Forums, für das man sich nun anmelden kann.

 [www.mannheim-forum.org](http://www.mannheim-forum.org)

## ZETIS-TERMIN

8. März *Überzeugend vor Kunden präsentieren, Kaiserslautern, 390 Euro (zzgl. ges. MwSt.)*  
 Weitere Infos unter [www.zetis.de](http://www.zetis.de)

## Recyclingbörse Angebote

Chiffre-Nr.	Bezeichnung des Stoffes	Zusammensetzung	Menge	Anfallstelle
LU-A-3398-12	Computer PC HP Compaq Micro Tower DC5800. Core2Quad 2,33 GHz, 64bit, 2048 MB, 80 GB HDD, DVD, powercable	Näheres unter: <a href="http://www.ihk-recyclingboerse.de">www.ihk-recyclingboerse.de</a>	6 Stck. à 299 €	Neuhofen
LU-A-3423-2	Traubenbottiche	Kunststoff, ca. 1.000 l	Preis VHS	Trulben
LU-A-3638-12	gefo Refraktometer	Auflösung 0,1 %, Näheres unter: <a href="http://www.ihk-recyclingboerse.de">www.ihk-recyclingboerse.de</a>	1 Stck., 50 €	Bruchmühlbach-M.
LU-A-3655-12	Gitterboxen verzinkt	mit Stapler-Einfahrttasche, Größe: LxBxH 123 x 93 x 134 cm	5 Stck., 95 €	Landau
LU-A-3693-2	PMMA Polymethacrylat		ca. 3 t, 4x/Jahr	Bruchmühlbach-M.
LU-A-3799-1	Alkylbenzol C 10-13	MARLICAN, Lieferung aus 2009, Originalgebinde	895 kg netto / Stahlfässer à 179 kg	Ludwigshafen
LU-A-3800-1	Perkacit SDMC	Lieferung Januar 2010, Originalgebinde	5.500 kg netto	Ludwigshafen
LU-A-3835-3	Spindschrank/Fächerschrank (grau/blau), Maße H 1800 x B 1190 x T 500 mm	Näheres unter: <a href="http://www.ihk-recyclingboerse.de">www.ihk-recyclingboerse.de</a>	Selbstabholung, Preis auf Anfrage	Waldfischbach-B.
LU-A-3862-12	APC Smart-UPS XL 48 V Battery Pack	Zur Stromversorgung bei Stromausfall, unbenutzt, ca. 5 Jahre	4 Stck., 1.450 €	Ramstein-M.
LU-A-3863-4	Ordner breit	Sehr guter Zustand	100 Stck., 10 €	Ramstein-M.
LU-A-3864-12	Swedex Thermobindergerät MB 500	Unbenutzt	1 Stck., 60 €	Ramstein-M.
LU-A-3885-11	Faltkartons	Wellpappe	div. Größen, Preis auf Anfrage	Kaiserslautern
LU-A-3891-1	Polyethylenglykol 4000 / PEG 4000	Ursprungsland Deutschland	40 t einmalig, Big Bags	Ludwigshafen
LU-A-3892-1	Losmittelbasislacke/Autolacke	Diverse Farben	20 t, Fässer	Ludwigshafen
LU-A-3893-1	Polyglykoether		15 t in 1.000 kg IBC-Containern, einmalig	Ludwigshafen

## Recyclingbörse Gesuche

Chiffre-Nr.	Bezeichnung des Stoffes	Zusammensetzung	Menge	Anfallstelle
LU-N-1785-1	chemische Rohstoffe	An- und Verkauf von Überproduktionen, Rest- und Sonderposten	regelmäßig	
LU-N-3448-6	Altkleider und Schuhe	Ankauf	unbegrenzt	
LU-N-3458-5	Europaletten defekt, alle Arten von Holzpaletten	Wir kaufen Ihre defekten Paletten	1 kg – 24 t, unbegrenzt	
LU-N-3851-5	Defekte Europaletten	Wir kaufen defekte Paletten, CP1 - CP3	unbegrenzt	

In der Recyclingbörse können Unternehmen des IHK-Bezirks kostenlos inserieren. Interessieren Sie sich für eines der Inserate, möchten Sie eine Anzeige aufgeben oder wünschen Sie weitere Informationen? **Wenden Sie sich an die Umweltberatung der IHK, Tel. 0621 5904-1611, Fax 5904-1604, Ludwigsplatz 2-4, 67059 Ludwigshafen. Sie können die Recyclingbörse auch im Internet unter <http://www.ihk-recyclingboerse.de> abrufen, sowie Ihre Annoncen selbst einstellen.**



## Profis für das Frankreichgeschäft

Zwei neue Service-Plattformen für deutsche und französische Unternehmer

**Frankreich ist der Wirtschaftspartner Nr. 1 für deutsche Firmen. Kulturelle Barrieren, fehlende Sprachkenntnisse, unbekanntes Geschäftsgewohnheiten und Gesetze sowie administrative Hürden können jedoch erfolgreichen Geschäften im Nachbarland im Wege stehen. Hilfe für das Frankreichgeschäft erhalten deutsche Unternehmen nun durch das neue German Desk sowie die nun online gegangene, deutsch-französische Internetplattform EuroQuity.**

### German Desk

Die Plattform wurde von sechs Partnern im Elsass ins Leben gerufen und fungiert als Beratungsbüro für deutsche Firmen, die nach Frankreich expandieren. Die zweisprachige Firmengruppe bietet ein komplettes Dienstleistungsangebot. Dazu gehören beispielsweise Vertriebsaufbau und -optimierung, Finanzierung und Ansiedlung. Beraten werden die Firmen von Partnern, die schon seit Jahren deutsche Kunden betreuen, etwa Alsace International. Je nach Bedarf erhalten deutsche Unternehmen dann maßgeschneiderte Lösungen.



Frankreich ist für viele deutsche Firmen ein beliebter Wirtschaftspartner.

## Außenwirtschaft

### DIHK-Report 2012

**Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat die neueste Auflage des Außenwirtschaftsreports vorgelegt. Er belegt, dass deutsche Unternehmen ihre Aktivitäten im Ausland weiter intensivieren und diversifizieren.**

Nach der erfolgreichen Positionierung in den BRIC-Staaten oder den Wachstumsmärkten in Ostasien engagieren sich viele Unternehmen zunehmend auch in anderen Schwellen- und Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Er-

schwert wird das Auslandsgeschäft jedoch oft durch Handelshemmnisse, deren Zahl im vergangenen Jahr weiter zugenommen hat. Die IHKs bieten ihren Mitgliedsunternehmen Infos und Beratung, um Chancen im Ausland zu erkennen und zu nutzen. Die Studie gibt die Einschätzungen der IHK-Organisation zum außenwirtschaftlichen Umfeld und Handelsbeschränkungen wieder. Sie stützt sich auf die Erfahrungsberichte der IHK-Experten im Bereich Außenwirtschaft der 80 deutschen Industrie- und Handelskammern. (red)



Download des Außenwirtschaftsreport 2012 auf [www.pfalz.ihk4.de](http://www.pfalz.ihk4.de), Dokument-Nr. 124408

### EuroQuity

Ziel dieser kostenfreien „Börse“ ist die Vermittlung von Kapital suchenden Unternehmen und investitionsbereiten Kapitalgebern in Deutschland und Frankreich. Gründer und Betreiber dieses Dienstes ist die französische Mittelstandsförderbank OSEO in Kooperation mit der KfW Bankengruppe. Insbesondere KMUS, Existenzgründer und Berater können die Internetplattform kostenfrei nutzen, wenn sie ihren Sitz in Deutschland oder Frankreich haben.

Auf EuroQuity dürfen sich zudem die User potenziellen Investoren präsentieren. In Frankreich ist EuroQuity bereits seit 2008 online, umfasst fast 17.000 Nutzer und hat den dortigen Unternehmen die Akquisition von bislang mehr als 165 Mio. Euro ermöglicht. (red)



[www.frankreich-profis.de](http://www.frankreich-profis.de),  
Tel. 07681 493 32 94,  
[info@frankreich-profis.de](mailto:info@frankreich-profis.de)  
[www.euroquity.com](http://www.euroquity.com)

## Euro-Zone

### 2015: DIHK erwartet Exportquote unter 35 Prozent

**Die Bedeutung der Euro-Länder als Exportmärkte für deutsche Unternehmen sinkt. Ilja Nothnagel, Außenhandelsexperte des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), geht davon aus, dass sich diese Entwicklung weiter fortsetzen wird.**

Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes entfielen in den ersten neun Monaten 2012 nur noch 37,6 Prozent des Auslandsumsatzes deutscher Unternehmen auf die Eurozone, das war der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung. 1991 hatte die Quote noch 51,6 Prozent betragen, 2011 war sie mit 39,7 Prozent erstmals unter die 40-Prozent-Marke gesunken. „Die boomenden Geschäfte mit großen Schwellenländern wie China lassen den Anteil der Euro-Länder an den deutschen Warenexporten kontinuierlich sinken“, so DIHK-Außenhandelsexperte Nothnagel. „Beschleunigt wird dieser Trend durch die Schuldenkrise, wegen der die Exporte in Krisenstaa-

## CHINA: NEUES VISUMVERFAHREN

Seit kurzem muss der Antrag für ein Visum bei dem „China Visa Application Service Center“ eingereicht werden. Die chinesischen Botschaften und Konsulate haben die Annahme der Anträge, die Erhebung der Visagebühren und die telefonischen Anfragen an den Konsularservice ausgelagert. Dies gilt sowohl für Geschäftsvisa als auch für Touristenvisa. [www.visaforchina.org](http://www.visaforchina.org), [www.china-botschaft.de/det/lsw/](http://www.china-botschaft.de/det/lsw/)

ten eingebrochen sind.“ Der DIHK gehe davon aus, dass die Euro-Länder für die deutschen Unternehmen weiter an Gewicht verlieren werden: „2015 könnte ihr Anteil unter 35 Prozent fallen.“ (red)

## Lieferantenkredit

### Indien: KMUs haben Probleme

**So steigt auch das Risiko für Lieferanten und Dienstleister. Rund die Hälfte der Unternehmen klagt über verspätete Zahlungen, wie die Ergebnisse einer Studie von Coface belegen. Der internationale Kreditversicherer hat in Indien zum vierten Mal 5.000 Unternehmen zu deren Kreditmanagement, Zahlungsverhalten und Zahlungserfahrungen befragt.**

**Fast die Hälfte (45%)** der Unternehmen beliefern Kunden auf Zahlungsziel. Gegenüber 2010 ist das eine Steigerung um sieben Prozentpunkte. Die Bedeutung der Voraus- und Barzahlung ist dagegen gesunken. Nur noch ein Fünftel (2%) verlangen das Geld vorab oder Cash bei Lieferung. Im Jahr zuvor waren es noch 30%. Fast die Hälfte der Unternehmen (48%) erlebt, dass vereinbarte Zahlungsziele bei Inlandsgeschäften überzogen werden. Der

Wert ist zur Vorjahresstudie (49%) stabil, wobei die Erfahrungen unterschiedlich sind. Während 32% sagten, das Zahlungsverhalten ihrer Kunden sei schlechter geworden, gaben 24% an, es habe sich verbessert.

**Die meisten Verzögerungen (87%)** verursachen kleine und private Unternehmen. Öffentlich-rechtliche, staatliche und ausländische Unternehmen sind dagegen deutlich weniger in Verzug. Die Hauptgründe für die Überziehung der Zahlungsziele oder Zahlungsausfälle sehen die von Coface befragten Unternehmen in tatsächlichen finanziellen Schwierigkeiten der Kunden: Finanzierungsprobleme, steigende Rohstoffpreise, harter Wettbewerb mit Druck auf Margen.

**In einer weiteren**, neuen makroökonomischen Studie sieht Coface Indien vor großen Herausforderungen. Der Motor laufe zwar noch, sei aber ins Stottern geraten. Das Land und seine Unternehmen litten unter systemischen und strukturellen Engpässen, die Wachstum und Entwicklung erschwerten. Nötige Reformen würden durch eine politische Lähmung blockiert. Die Unternehmen seien auch Opfer des Reformstaus. (red)

 [www.coface-medien.de](http://www.coface-medien.de)

## Verschiedene Normen in China und Europa

### One-stop-shop „CESIP“ erleichtert Marktzugang

**Unterschiedliche Standards und technische Normen stellen Barrieren im internationalen Handel dar. Das gilt im Verhältnis zu vielen Ländern und eben auch zur VR China. Um gerade kleinen und mittleren Betrieben den Marktzugang zu erleichtern und deren Auslandsengagement zu stärken, wurde der One-stop-shop „CESIP“ geschaffen.**

**CESIP steht für** Europe-China Standardization Information Platform und ist ein von der EU, der EFTA (European Free Trade Association) und der Standardization Administration of the People's Republic of China finanziertes Projekt. Der Startschuss für das zweisprachige (Englisch/Mandarin) Portal fiel Ende 2012 in Beijing. Zurzeit bietet CESIP kostenlos abrufbare, detaillierte Informationen über europäische und chinesische Standards und Marktzugangsanforderungen für folgende vier Sektoren: elektrische Geräte, medizinische Geräte,

Maschinen und Umweltschutz. In Kürze sollen Informationen für die Sektoren Textilien, Spielzeug, Verpackung und Energieeffizienz von Gebäuden hinzukommen. (red)

 Ihr Ansprechpartner ist Sebastian Scharf, Tel. 0621 5904-1920, [sebastian.scharf@pfalz.ihk24.de](mailto:sebastian.scharf@pfalz.ihk24.de) [www.cenelec.eu](http://www.cenelec.eu)



## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Industrie- und Handelskammer  
für die Pfalz, 67059 Ludwigshafen  
Ludwigsplatz 2-4,  
Tel. 0621 5904-0, Fax 5904-1204  
[www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de)

**Verantwortlich:**  
Sabine Fuchs-Hilbrich M.A.

**Redaktion:**  
Sabine Fuchs-Hilbrich M.A.  
Tel. 0621 5904-1200  
[sabine.fuchs-hilbrich@pfalz.ihk24.de](mailto:sabine.fuchs-hilbrich@pfalz.ihk24.de)  
Monika Lorenz M.A.  
Tel. 0621 5904-1205  
[monika.lorenz@pfalz.ihk24.de](mailto:monika.lorenz@pfalz.ihk24.de)

Redaktionsassistentin:  
Sonja Schmitt  
Tel. 0621 5904-1201  
[sonja.schmitt@pfalz.ihk24.de](mailto:sonja.schmitt@pfalz.ihk24.de)

**Verlag:**  
IHK-Magazin Pfalz GbR  
Sitz: Landau  
c/o ProVerlag GmbH  
Hans-Sachs-Ring 85  
68199 Mannheim

**Beteiligungen:**  
An der Finanzierung dieses Unternehmens sind mit mehr als 5 v. H. am Kapital wirtschaftlich beteiligt oder verfügen über mehr als 5 v. H. der Stimmrechte: ProVerlag Zeitschriften und Kommunikationsmedien GmbH, Mannheim, und pva Druck und Medien-Dienstleistungen GmbH, Landau/ Pfalz.

**Verlagsmanagement:**  
Christian Voigt,  
Hans-Sachs-Ring 85  
68199 Mannheim  
Tel. 0621 84480-0, Fax 84480-33  
[voigt@proverlag.de](mailto:voigt@proverlag.de)  
[www.proverlag.de](http://www.proverlag.de)

**Layout und Herstellung:**  
DTP-Studio, Michael Bechtold  
Schlesierstraße 54b  
69509 Mörlenbach  
Tel. 06209 7140-20, Fax 7140-44

**Anzeigen-Marketing und verantwortlich für Anzeigen:**  
ProVerlag GmbH, Norbert Bleuel  
Ilsenklinger Weg 18  
69509 Mörlenbach  
Tel. 06209 7140-0, Fax 7140-33  
[bleuel@proverlag.de](mailto:bleuel@proverlag.de)

**Druck:**  
pva Druck und Medien-Dienstleistungen GmbH  
Industriest.15, 76829 Landau/ Pfalz  
Tel. 06341 142-0, Fax 142-265

**Anzeigenpreisliste:**  
Nr. 8 vom 1. Januar 2013  
Erscheinungsweise: 10 x pro Jahr

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Wirtschaftsmagazin Pfalz ist das offizielle Organ der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz. Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK.

Nicht-IHK-Mitglieder können das Magazin im Jahresabonnement beziehen (10 Ausgaben, 31 Euro + 7% MwSt.). Das Abonnement läuft zunächst für ein Jahr ab Bestellung und verlängert sich automatisch um ein weiteres, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der IHK dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

## Nicht auf Mahnungen reagieren

Zahlungsaufforderungen der „Gewerbeauskunftszentrale“ sind wettbewerbswidrig

**Firmen dürfen nicht mit Folgeschreiben wie „Rechnung“, Mahnung“ oder „Inkasso“ zur Zahlung aufgefordert werden, wenn sie zuvor schon einen Auftrag zur Eintragung in die dubiose Gewerbedatenbank der GWE-Wirtschaftsinformationsgesellschaft mbH erteilt haben. Das hat das Landgericht Düsseldorf entschieden (Urteil vom 21.12.2012, Az. 38 O 37/12).**

Nachdem betroffene Unternehmen die Angebotsformulare für die Eintragung in besagte Gewerbedatenbank durch die GWE-Wirtschaftsinformationsgesellschaft mbH unterschrieben hatten, wurden sie mit Rechnungen überhäuft und auch massiv durch Rechtsanwälte und Inkassounternehmen zur Zahlung aufgefordert. Viele Mitgliedsunternehmen der IHK Pfalz hatten sich beunruhigt an den Geschäftsbereich Recht gewandt. Der Deutsche Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e.V. (DSW) hatte wegen dieser Drohgebärden auf Unterlassung geklagt.

Eine „geschäftlich unlautere Handlung“ sei der Versuch, durch Versand von Rechnungen und Mahnungen so gewonnene „Kunden“ zu Zahlungen zu bewegen, befand das Düsseldorfer Landgericht. Die Richter stellten ein systematisches Vorgehen der GWE-Wirtschaftsinformationsgesellschaft mbH fest: Ihr Geschäftsmodell

ziele darauf ab, aus der Täuschung gewonnene Unterschriften dazu zu verwenden, nicht bestehende Forderungen einzutreiben. Durch diesen Druck seien Unternehmen davon abgehalten worden, ihre Rechte im Hinblick auf das mindestens angefechtbare Zustandekommen eines Vertrages durchzusetzen.

Die Entscheidung des Landgerichtes Düsseldorf ist noch nicht rechtskräftig. Ob die Angebotsformulare aus wettbewerbsrechtlicher Sicht irreführend sind, muss nun der Bundesgerichtshof entscheiden (Az.: I ZR 70/12). Sowohl das Landgericht als auch das Oberlandesgericht Düsseldorf hatten nach Klageerhebung durch den DSW die Irreführungseignung solcher Formulare bestätigt.

Der Deutsche Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e.V. ist eine Selbsthilfeorganisation der Deutschen Wirtschaft. Sein Geschäftsführer, Rechtsanwalt Peter Solf, spricht im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung der IHK Pfalz und der IHK Rhein-Neckar am 21. März in Ludwigshafen zum Thema „Abzocke“.



Ass. jur. Heiko Lenz, Tel. 0621 5904-2020, [heiko.lenz@pfalz.ihk24.de](mailto:heiko.lenz@pfalz.ihk24.de), [www.dsw-schutzverband.de](http://www.dsw-schutzverband.de)

## Minijobs

Verdienstgrenze auf 450 Euro erhöht

**Gleich zwei wesentliche Änderungen sind seit 1. Januar 2013 für geringfügig entlohnte Beschäftigte eingetreten. So wurde die Verdienstgrenze von 400 Euro auf 450 Euro angehoben. Zudem unterliegen alle Arbeitnehmer, die seit Jahresbeginn als Minijobber tätig sind, grundsätzlich der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung.**

Hierdurch erwerben die Beschäftigten Ansprüche auf das volle Leistungspaket der Rentenversicherung. Der Eigenanteil für den Minijobber beträgt 3,9 Prozent des Arbeitsentgelts. Minijobber können sich jedoch von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung durch einen schriftlichen Antrag beim Arbeitgeber befreien lassen. Dadurch verlieren sie jedoch – falls sie nicht anderweitig der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung unterliegen – die Ansprüche auf einen Großteil der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Minijobber, deren Beschäftigungen vor dem 1. Januar 2013 versicherungsfrei in der Rentenversicherung waren, bleiben es. Sie können dies aber jederzeit durch eine Beitragsaufstockung ändern. Wird nach dem 31. Dezember 2012 das regelmäßige monatliche Arbeitsentgelt auf einen Betrag von mehr als 400 Euro und weniger als 450,01 Euro angehoben, gelten für die Beschäftigung die neuen Regelungen. Dann tritt die Versicherungspflicht ein. Ausnahme: Der Beschäftigte ist Bezieher einer Vollrente wegen Alters oder Pensionär. Ein Minijobber bleibt zudem weiter versicherungspflichtig, wenn er bereits vor dem 1. Januar 2013 seine Rentenversicherungsbeiträge aufgestockt hat. (red)



Ass. jur. Heiko Lenz, Tel. 0621 5904-2020, [heiko.lenz@pfalz.ihk24.de](mailto:heiko.lenz@pfalz.ihk24.de), [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 18507, [www.minijobzentrale.de](http://www.minijobzentrale.de)

## VERGABERECHT

„Fit für öffentliche Aufträge“ hieß das Seminar, das vom Auftragsberatungscentre Rheinland-Pfalz, der HWK Pfalz und der IHK Pfalz veranstaltet wurde. Vor zahlreichen Interessenten erläuterte die Leiterin des Auftragsberatungscentres, Dagmar Lübeck, die Grundlagen des Vergaberechts, Auftragsrecherche und erfolgreiche Angebotsabgabe.



Fabian Ewert von der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH informierte über die elektronische Vergabeplattform in der Region – einfach per Mausclick zu öffentlichen Aufträgen. Schwerpunkt des Seminars war der Vortrag von Rechtsanwalt Tobias Oest zur rechtssicheren Ausführung von öffentlichen Aufträgen.

## TERMIN

„Vom Erstkontakt zum Kunden – Werbekontakte rechtssicher on- und offline gewinnen und nutzen“, 27. Februar, 16 Uhr, Ludwigshafen, kostenfrei  
Anmeldung bei Heiko Lenz, Tel. 0621 5904-2020, [heiko.lenz@pfalz.ihk24.de](mailto:heiko.lenz@pfalz.ihk24.de)



Mitglieder des IHK-Arbeitskreises Tourismus gemeinsam mit Staatsministerin Lemke in Mainz.

## Arbeitskreis Tourismus

### Tagung mit Wirtschaftsministerin Lemke

**2010 wurde mit dem IHK-Arbeitskreis Tourismus ein gemeinsamer aktiver Arbeitskreis auf Landesebene eingerichtet. In seiner sechsten Sitzung haben sich die Mitglieder mit der für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz zuständigen Staatsministerin Eveline Lemke über aktuelle tourismuspolitische Fragestellungen ausgetauscht.**

Die enge Zusammenarbeit im rheinland-pfälzischen Tourismus ist der wichtigste Erfolgsfaktor für seine Weiterentwicklung.

Neben der Fortschreibung der Tourismusstrategie wurden zuletzt zwölf Säulen zur Strategieumsetzung erarbeitet. Diese beziehen sich u. a. auf das Schaffen von Grundlagen für eine nachhaltige Tourismusfinanzierung, die Fokussierung und Vernetzung der Förderung, eine aufgabenbezogene Optimierung der Strukturen auf der lokalen Ebene oder ein gemeinsames Qualifizierungs-, Beratungs- und Unterstützungsprogramm für die öffentliche und private Tourismuswirtschaft. Damit wird die Bandbreite der künftigen Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen

## Duale Ausbildung

### Landesweite Kampagne

**Bei der Herbstsitzung des Ovalen Tisches für Ausbildung und Fachkräftesicherung stellte Ministerpräsident Kurt Beck fest, dass dank der guten Kooperation die rheinland-pfälzischen Betriebe und die Landesregierung auch in diesem Jahr ihr Angebot an Ausbildungsplätzen auf hohem Niveau gehalten hätten.**

Bei den Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz wurden bis Ende September fast 16.700 neue Ausbildungsverträge registriert. Dies war zwar ein geringes Minus von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Langzeitbilanz des Ausbildungsengagements der Unternehmen ist aber deutlich positiv. „Heute bilden die IHK-Betriebe in Rheinland-Pfalz rund 25 Prozent mehr neue Azubis aus als noch vor zehn Jahren“, so Peter Adrian, Präsident der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz. Damit dies weiterhin funktioniert, seien gute Rahmenbedingungen für

die duale Berufsbildung etwa durch eine qualitativ hochwertige Berufsorientierung in den allgemein bildenden Schulen und eine gute Lehrerausstattung in den Berufsschulen nötig. „Die Fachkräftesicherung schaffen wir in erster Linie mit einer fundierten dualen Ausbildung junger Leute und der Weiterbildung gerade von älteren Beschäftigten“, so Adrian.

**Besonders betont** wurde noch einmal die Wichtigkeit einer flächendeckenden, qualitätsvollen Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen im Land. Diskutiert wurden auch Maßnahmen, um den Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen zurückzuführen und die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Der Ovale Tisch hat einstimmig eine Kommunikationsstrategie verabschiedet, um die duale Ausbildung attraktiver zu machen. Ziel der Kampagne ist es, die hervorragenden Karriereperspektiven der dualen Ausbildung mittels anschaulicher Informationsmaterialien und mit einer Reihe von Veranstaltungen im Jahr 2013 besonders hervorzuheben.



deutlich. Staatsministerin Lemke versicherte, dass der Tourismus auch künftig für die Landesregierung und ihr Ministerium eine wichtige Rolle spielen wird.

**Die Entwicklung einer** langfristigen und auf allen Ebenen tragfähigen Struktur der Tourismusfinanzierung ist eine der wesentlichsten Aufgaben und gleichzeitig Voraussetzung zur erfolgreichen Umsetzung der Tourismusstrategie. Aufgrund der aktuellen Finanzsituation zahlreicher Kommunen sind hier geeignete Lösungsstrategien zu entwickeln, bei denen der IHK-Arbeitskreis Tourismus freiwillige Modelle favorisiert. Deswegen wird auch das neue Kapitel „Organisation und Finanzierung im Tourismus“, das nun in der Tourismusstrategie verankert ist, ausdrücklich begrüßt. Die Optimierung der touristischen Organisation im Hinblick auf klar definierte Verantwortlichkeiten über die einzelnen Ebenen hinweg sind dabei ebenfalls im Blick zu halten. Mit der Ministerin wurde ein regelmäßiger Austausch im Rahmen des Arbeitskreises vereinbart.



## Verhandlungserfolg Energiesteuer-Richtlinie

**Brüssel. Die Energiesteuer-Richtlinie wird nicht allein nach umweltpolitischen Gesichtspunkten überarbeitet – das hat der DIHK zusammen mit anderen Verbänden in Brüssel durchgesetzt.**

**Der Reformvorschlag** der EU-Kommission hatte Verschärfungen für die Automobil- und Transportwirtschaft vorgesehen. Für Deutschland hätte das u. a. einen starken Anstieg des Diesel-Steuersatzes bedeutet. Dieser Vorstoß ist vom Tisch. Das bisherige Steuersystem hat sich aus Sicht des DIHK bewährt und wird nun weiterentwickelt; beispielsweise soll künftig ein niedrigerer Steuersatz für gewerblich genutztes Gasöl zugelassen werden.

## Beitragsordnung der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz hat am 13. November 2012 gemäß den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) vom 18.12.1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung gewerberechtlicher Vorschriften vom 11. Juli 2011 (BGBl. I, S. 1341), folgende Beitragsordnung beschlossen:

### § 1 Beitragspflicht

- (1) Die IHK erhebt von den IHK-Zugehörigen Beiträge nach Maßgabe des IHKG und der folgenden Vorschriften; die Beiträge sind öffentliche Abgaben.
- (2) Die Beiträge werden als Grundbeiträge und Umlagen erhoben.
- (3) Die Vollversammlung setzt jährlich in der Wirtschaftssatzung die Grundbeiträge, den Hebesatz der Umlage und die Freistellungsgrenze (§ 5) fest.

### § 2 Organgesellschaften und Betriebsstätten

- (1) Verbundene Unternehmen (Organgesellschaften) werden nach den Bestimmungen des § 2 Abs. 1 IHKG als eigenständige IHK-Zugehörige zum Beitrag veranlagt.
- (2) Hat ein IHK-Zugehöriger mehrere Betriebsstätten im Sinne von § 12 AO im IHK-Bezirk, so wird der Grundbeitrag nur einmal erhoben.

### § 3 Beginn und Ende der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht mit Beginn des Geschäftsjahres, erstmalig mit dem Beginn der IHK-Zugehörigkeit.
- (2) Erhebungszeitraum für den Beitrag ist das Geschäftsjahr.
- (3) Die Beitragspflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem die Gewerbesteuerpflicht erlischt. Sie wird durch die Eröffnung eines Liquidations- oder Insolvenzverfahrens nicht berührt.

### § 4 Gewerbebeitrag/Gewinn aus Gewerbebetrieb

- (1) Der Gewerbebeitrag wird nach § 7 GewStG unter Berücksichtigung von § 10a GewStG ermittelt.
- (2) Falls für das Bemessungsjahr ein Gewerbesteuerermessbetrag nicht festgesetzt worden ist, tritt an die Stelle des Gewerbebeitrages der nach dem Einkommen- oder Körperschaftsteuergesetz ermittelte Gewinn aus Gewerbebetrieb.

### § 5 Beitragsfreistellung nach § 3 Abs. 3 Sätze 3 bis 5 IHKG

- (1) Nicht im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragene IHK-Zugehörige, deren Gewerbebeitrag oder Gewinn aus Gewerbebetrieb 5.200 Euro nicht übersteigt, sind vorbehaltlich eines Beschlusses nach Abs. 3 vom Beitrag freigestellt.
- (2) Die in Absatz 1 genannten IHK-Zugehörigen sind vorbehaltlich eines Beschlusses nach Absatz 3, soweit sie natürliche Personen sind und in den letzten fünf Wirtschaftsjahren vor ihrer Betriebseröffnung weder Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit erzielt haben, noch an einer Kapitalgesellschaft mittelbar oder unmittelbar zu mehr als einem Zehntel beteiligt waren, in dem Geschäftsjahr der Betriebseröffnung und für das darauf folgende Jahr vom Grundbeitrag und von der Umlage sowie für das dritte und vierte Jahr von der Umlage befreit, wenn ihr Gewerbebeitrag oder Gewinn aus Gewerbebetrieb 25.000 Euro nicht übersteigt.
- (3) Wenn nach dem Stand der zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Wirtschaftssatzung vorliegenden Bemessungsgrundlagen zu besorgen ist, dass bei der IHK die Zahl der Beitragspflichtigen, die einen Beitrag entrichten, durch die in den Absätzen 1 und 2 genannten Freistellungsregelungen auf weniger als 55 vom Hundert aller ihr zugehörigen Gewerbetreibenden sinkt, kann die Vollversammlung für das betreffende Geschäftsjahr eine entsprechende Herabsetzung der dort genannten Grenzen für den Gewerbebeitrag oder den Gewinn aus Gewerbebetrieb beschließen.

### § 6 Berechnung des Grundbeitrags

- (1) Der Grundbeitrag kann gestaffelt werden. Zu den Staffelungskriterien gehören insbesondere Art und Umfang sowie die Leistungskraft des Gewerbebetriebes. Berücksichtigt werden können dabei der Gewerbebeitrag, die Handelsregistereintragung, das Erfordernis eines in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetriebs, der Umsatz, die Bilanzsumme und die Arbeitnehmerzahl. Die Staffelung und die Höhe der Grundbeiträge legt die Vollversammlung in der Wirtschaftssatzung fest.
- (2) Der Grundbeitrag wird als Jahresbeitrag erhoben. Er ist auch dann in voller Höhe zu entrichten, wenn der gewerbliche Betrieb oder seine Betriebsstätten nicht im ganzen Erhebungszeitraum oder nur mit einem Betriebsteil beitragspflichtig sind. Besteht die Beitragspflicht im Erhebungszeitraum nicht länger als drei Monate, kann von der Erhebung des Grundbeitrags ganz oder teilweise abgesehen werden.

### § 7 Berechnung der Umlage

- (1) Bemessungsgrundlage für die Umlage ist der Gewerbebeitrag.
- (2) Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist die Bemessungsgrundlage für die Umlage einmal um einen Freibetrag gemäß § 3 Abs. 3 Satz 7 IHKG für das Unternehmen zu kürzen; bei Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten wird der Freibetrag vor Ermittlung der Zerlegungsanteile von der Bemessungsgrundlage des ganzen Unternehmens abgezogen.

### § 8 Zerlegung

- (1) Bei einer Zerlegung des Gewerbebeitrages sind nur die auf den IHK-Bezirk entfallenen Zerlegungsanteile der Umlagebemessung und, soweit der Gewerbebeitrag für die Bemessung des Grundbeitrags oder die Freistellung (§ 5) herangezogen wird, auch dabei zugrunde zu legen. Satz 1 gilt entsprechend für die Bemessungsgrundlage Gewinn aus Gewerbebetrieb und für den Umsatz, die Bilanzsumme oder die Arbeitnehmerzahl, wenn diese für die Bemessung des Grundbeitrags herangezogen werden.
- (2) Die Zerlegung erfolgt nach dem GewStG in der jeweils maßgeblichen Fassung (gewerbesteuerliche Zerlegung).

### § 9 Bemessungsjahr

- (1) Soweit die Beitragsordnung auf den Gewerbebeitrag, den Gewinn aus Gewerbebetrieb, den Umsatz, die Bilanzsumme oder die Arbeitnehmerzahl Bezug nimmt, sind die Werte des Bemessungs-

jahres maßgebend.

- (2) Das Bemessungsjahr wird in der jährlichen Wirtschaftssatzung festgesetzt.

### § 10 Umsatz, Bilanzsumme, Arbeitnehmerzahl

- (1) Der Umsatz wird – vorbehaltlich der Fälle des Absatzes 2 – nach den für die Ermittlung der Buchführungspflicht gewerblicher Unternehmer in § 141 Abs. 1 Nr. 1 AO genannten Grundsätzen bestimmt.
- (2) Als Umsatz gilt für
  - a) Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute die Summe der Posten 1 - 5 der Erträge des Formblattes 2 bzw. der Posten 1, 3, 4, 5, 7 des Formblattes 3 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute vom 11.12.1998 (BGBl. I, S. 3658) in der jeweils geltenden Fassung;
  - b) Versicherungsunternehmen die Summe der Posten 1 - 3 des Formblattes 2 Abschnitt I bzw. der Posten 1, 3 und 5 des Formblattes 3 Abschnitt I der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen vom 8.11.1994 (BGBl. I S. 3378) in der jeweils geltenden Fassung.
- (3) Die Bilanzsumme wird nach § 266 HGB und die Zahl der Arbeitnehmer nach § 267 Abs. 5 HGB ermittelt.

### § 11 Registereintragung

- (1) Soweit die Beitragsordnung Rechtsfolgen an die Eintragung im Handelsregister oder Genossenschaftsregister knüpft, ist dieses Kriterium erfüllt, wenn der IHK-Zugehörige zu irgendeinem Zeitpunkt des Geschäftsjahres in dem jeweiligen Register eingetragen ist. Dieses Kriterium ist ebenfalls erfüllt, wenn der IHK-Zugehörige in einem Register eines anderen Staates eingetragen ist, soweit dieses Register eine dem deutschen Handelsregister vergleichbare Funktion hat.
- (2) Abs. 1 gilt entsprechend, soweit die Beitragsordnung Rechtsfolgen daran knüpft, dass der Gewerbebetrieb des IHK-Zugehörigen nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert.

### § 12 Besondere Regelungen für gemischt-gewerbliche Betriebe

- (1) Die IHK erhebt von IHK-Zugehörigen, die in der Handwerksrolle oder in dem Verzeichnis nach § 19 der Handwerksordnung eingetragen sind (gemischt-gewerbliche Betriebe) den Beitrag für den Betriebsteil, der weder handwerklich (Anlage A und Anlage B Abschnitt 1 der HwO) noch handwerksähnlich (Anlage B Abschnitt 2 der HwO) ist, sofern der Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert und mit dem weder handwerklichen noch handwerksähnlichen Betriebsteil einen Umsatz von mehr als 130.000 Euro erzielt hat.
- (2) Nur der Gewerbebeitrag, der auf den Betriebsteil entfällt, der weder handwerklich noch handwerksähnlich ist, wird der Umlagebemessung und, soweit der Gewerbebeitrag für die Bemessung des Grundbeitrags oder die Beitragsfreistellung (§ 5) herangezogen wird, auch dabei zugrunde gelegt. Satz 1 gilt entsprechend für die Bemessungsgrundlage Gewinn aus Gewerbebetrieb und für den Umsatz, die Bilanzsumme oder die Arbeitnehmerzahl, wenn diese für die Bemessung des Grundbeitrags oder die Beitragsfreistellung nach § 5 herangezogen werden.
- (3) Im Rahmen der nach dieser Vorschrift vorzunehmenden Zuordnungen findet § 8 Abs. 2 keine Anwendung.

### § 13 Besondere Regelungen für Inhaber von Apotheken, Angehörige von freien Berufen und der Land- und Forstwirtschaft

- (1) Inhaber einer Apotheke werden mit einem Viertel ihres Gewerbebeitrages zur Umlage veranlagt. Satz 1 gilt entsprechend, soweit der Gewerbebeitrag für die Bemessung des Grundbeitrags oder die Beitragsfreistellung herangezogen wird.
- (2) Abs. 1 findet auch Anwendung auf IHK-Zugehörige, die oder deren sämtliche Gesellschafter vorwiegend
  - a) einen freien Beruf ausüben oder
  - b) Land- und Forstwirtschaft auf einem im Bezirk der Industrie- und Handelskammer gelegenen Grundstück oder
  - c) als Betrieb der Binnenfischerei Fischfang in einem im Bezirk der Industrie- und Handelskammer gelegenen Gewässer betreiben
 und Beiträge an eine oder mehrere andere Kammern entrichten, mit der Maßgabe, dass statt eines Viertels ein Zehntel der dort genannten Bemessungsgrundlage bei der Veranlagung zu Grunde gelegt wird. Die IHK-Zugehörigen haben das Vorliegen der Voraussetzungen für die Herabsetzung der Bemessungsgrundlage nachzuweisen.

### § 14 Besondere Regelung für Komplementärgesellschaften

- (1) IHK-Zugehörigen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft, deren gewerbliche Tätigkeit sich in der Komplementärfunktion in einer ebenfalls der IHK zugehörigen Personenhandels-gesellschaft erschöpft, kann in der jährlichen Wirtschaftssatzung ein ermäßigter Grundbeitrag eingeräumt werden.
- (2) Die Wirtschaftssatzung kann vorsehen, dass die Ermäßigung des Grundbeitrags nur auf Antrag gewährt wird.

### § 15 Beitragsveranlagung

- (1) Die Beitragsveranlagung erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Dieser ist dem IHK-Zugehörigen in einem verschlossenen Umschlag zu übersenden.
- (2) Im Beitragsbescheid ist auf die für die Beitragserhebung maßgeblichen Rechtsvorschriften hinzuweisen; die Bemessungsgrundlage und das Bemessungsjahr sind anzugeben. Ferner ist eine angemessene Zahlungsfrist zu bestimmen, gerechnet vom Zeitpunkt des Zugangs. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

- (3) Sofern der Gewerbeertrag oder der Zerlegungsanteil für das Bemessungsjahr noch nicht vorliegt, kann der IHK-Zugehörige aufgrund des letzten vorliegenden Gewerbeertrages oder – soweit ein solcher nicht vorliegt – aufgrund einer Schätzung in entsprechender Anwendung des § 162 AO vorläufig veranlagt werden. Satz 1 findet entsprechende Anwendung auf den Gewinn aus Gewerbebetrieb und auf den Umsatz, die Bilanzsumme und die Arbeitnehmerzahl, soweit diese für die Veranlagung von Bedeutung sind.
- (4) Ändert sich die Bemessungsgrundlage nach Erteilung des Beitragsbescheides, so erlässt die IHK einen berechtigten Bescheid. Zuviel gezahlte Beiträge werden erstattet, zuwenig erhobene Beiträge werden nachgefordert. Von einer Nachforderung kann abgesehen werden, wenn die Kosten der Nachforderung in einem Missverhältnis zu dem zu fordernden Beitrag stehen.
- (5) Der IHK-Zugehörige ist verpflichtet, der IHK Auskunft über die zur Festsetzung des Beitrages erforderlichen Grundlagen zu geben; die IHK ist berechtigt, die sich hierauf beziehenden Geschäftsunterlagen einzusehen. Werden von dem IHK-Zugehörigen Angaben, die zur Feststellung seiner Beitragspflicht oder zur Beitragsfestsetzung erforderlich sind, nicht gemacht, kann die IHK die Beitragsbemessungsgrundlagen entsprechend § 162 AO schätzen; dabei sind alle Umstände zu berücksichtigen, die für die Schätzung von Bedeutung sind.

#### § 16 Vorauszahlungen

Für die Fälle des § 15 Abs. 3 kann die Wirtschaftssatzung regeln, dass die IHK-Zugehörigen Vorauszahlungen auf ihre Beitragsschuld zu entrichten haben. Die Vorauszahlung ist auf der Grundlage der §§ 6 und 7 nach pflichtgemäßem Ermessen zu bestimmen. Die Erhebung erfolgt durch Vorauszahlungsbescheid. §§ 15 und 17 gelten entsprechend.

#### § 17 Fälligkeit des Beitragsanspruches

Der Beitrag wird fällig mit Zugang des Beitragsbescheides; er ist innerhalb der gesetzten Zahlungsfrist zu entrichten.

#### § 18 Mahnung und Beitreibung

- (1) Beiträge, die nach Ablauf der Zahlungsfrist nicht beglichen sind, werden mit Festsetzung einer neuen Zahlungsfrist angemahnt. Die Erhebung einer Mahngebühr (Beitreibungsgebühr, Auslagen) richtet sich nach der Gebührenordnung der IHK.
- (2) In der Mahnung ist der Beitragspflichtige darauf hinzuweisen, dass im Falle der Nichtzahlung innerhalb der Mahnfrist die Beitreibung der geschuldeten Beträge eingeleitet werden kann.
- (3) Die Einziehung und Beitreibung ausstehender Beiträge richtet sich nach § 3 Abs. 8 IHKG in Verbindung mit den für Gemeindeabgaben geltenden landesrechtlichen Vorschriften.

#### § 19 Stundung; Erlass; Niederschlagung

- (1) Beiträge können auf Antrag gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Beitragspflichtigen bedeuten würde und der Beitragsanspruch durch die Stundung

nicht gefährdet erscheint.

- (2) Beiträge können auf Antrag im Falle einer unbilligen Härte ganz oder teilweise erlassen werden. Im Interesse einer gleichmäßigen Behandlung aller IHK-Zugehörigen ist an den Begriff der unbilligen Härte ein strenger Maßstab anzulegen.
- (3) Beiträge können niedergeschlagen werden, wenn ihre Beitreibung keinen Erfolg verspricht und wenn die Kosten der Beitreibung in einem Missverhältnis zur Beitragsschuld stehen.
- (4) Von der Beitragsfestsetzung kann in entsprechender Anwendung von § 156 Abs. 2 AO abgesehen werden, wenn bereits vorher feststeht, dass die Beitreibung keinen Erfolg haben wird oder die Kosten der Festsetzung und der Beitreibung in einem Missverhältnis zur Beitragshöhe stehen.

#### § 20 Verjährung

Für die Verjährung der Beitragsansprüche gelten die Vorschriften der Abgabenordnung über die Verjährung der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen entsprechend.

#### § 21 Rechtsbehelfe

- (1) Gegen den Beitragsbescheid ist der Widerspruch nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung gegeben. Über den Widerspruch entscheidet die IHK.
- (2) Gegen den Beitragsbescheid in Gestalt des Widerspruchsbescheides kann innerhalb eines Monats nach Zustellung vor dem zuständigen Verwaltungsgericht Klage erhoben werden. Die Klage ist gegen die IHK zu richten.
- (3) Rechtsbehelfe gegen Beitragsbescheide haben keine aufschiebende Wirkung (§ 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 VwGO).

#### § 22 Inkrafttreten

Die Beitragsordnung tritt am 1.1.2013 in Kraft. § 5 Abs. 2 ist nur auf IHK-Zugehörige anzuwenden, deren Gewerbeanzeige nach dem 31.12.2003 erfolgte. Gleichzeitig tritt die Beitragsordnung vom 17.11.2005 außer Kraft. Für die Festsetzung/Berichtigung von Beiträgen aus Haushaltsjahren vor dem 1.1.2013 gilt die Beitragsordnung in der vor dem 1.1.2013 geltenden Fassung.

Ludwigshafen, 13. November 2012

Willi Kuhn  
Präsident

Dr. Rüdiger Beyer  
Hauptgeschäftsführer

Genehmigt durch das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Rheinland-Pfalz am 30.11.2012 (Az.: 8206 / 2012-012) Ausgefertigt am 20. Dezember 2012.

Willi Kuhn  
Präsident

Dr. Rüdiger Beyer  
Hauptgeschäftsführer

## Änderung des Gebührenverzeichnisses der IHK Pfalz

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz hat in ihrer Sitzung am 13. November 2012 die Ergänzung des Gebührenverzeichnisses in der Fassung vom 1. Januar 2010 beschlossen. Das Gebührenverzeichnis wird wie folgt ergänzt:

Gebührenkennziffer	Gebührentatbestand	Euro
4.6.1	Aufnahme eines Erlaubnisinhabers (§ 34 f Abs. 1 GewO) in das Register nach § 11 a GewO	60,00
4.6.2	Aufnahme von Beschäftigten (§ 34 f Abs. 6 GewO) in das Register nach § 11 a GewO; je Meldung	30,00
4.6.3	Änderung von Registerdaten (außer Löschung), soweit sie dem Eintragungspflichtigen zurechenbar sind (d. h. insbesondere ohne Straßenumbenennungen, Gemeindegebietsneugliederungen)	30,00
...		
7.1	Erstmalige Eintragung einer Organisation in das Register	230,00 bis 881,00
7.1.1	Je weiteren Standort mit eigener Behördenzuständigkeit bei erstmaliger Eintragung der Organisation	125,00
7.1.2	Erweiterung einer bestehenden Organisationseintragung um einen weiteren Standort	230,00 bis 881,00
7.2	Ablehnung der erstmaligen Eintragung	230,00 bis 881,00
7.3	Prüfung der Voraussetzung für den Bestand der Eintragung nach Ablauf der Frist zur Vorlage einer neuen Umwelterklärung	76,00 bis 460,00
7.3.1	Je weiteren Standort mit eigener Behördenzuständigkeit bei Prüfung der Voraussetzung für den Bestand der Eintragung nach Ablauf der Frist zur Vorlage einer neuen Umwelterklärung	60,00
7.4	Eintragung nach vorangegangener Ablehnung	76,00
7.5	Vorübergehende Aussetzung der Eintragung	76,00 bis 460,00
7.6	Streichung der Eintragung gem. Art. 15 Abs. 4 der EMAS-Verordnung (EG) 1221/2009	76,00 bis 460,00
7.7	Niederschrift zur Berücksichtigung von Bemerkungen	30,00 pro angefangene Stunde
7.8	Widerspruchsverfahren	Die Gebühr beträgt das Eineinhalbfache der vollen Gebühr
7.9	Regelanfrage nationaler Standort für eine Registrierungsstelle für eine Organisation im Ausland	76,00 bis 268,00

Die Änderungen des Gebührenverzeichnisses treten am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Willi Kuhn  
Präsident

Dr. Rüdiger Beyer  
Hauptgeschäftsführer

Genehmigt durch das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Rheinland-Pfalz am 30.11.2012 (Az.: 8206 / 2012-011 und 8206 / 2012-005). Ausgefertigt am 20. Dezember 2012.

Willi Kuhn  
Präsident

Dr. Rüdiger Beyer  
Hauptgeschäftsführer

## IN ARBEIT

März 2013



### Es ist angerichtet

Prüfungen sind nicht nur eine „Prüfung“ für jene, die sie – hoffentlich erfolgreich – ablegen müssen. Auch für die Prüfer selbst ist es ein hartes, verantwortungsvolles Stück Arbeit, die Probanden 13, 14 Stunden am Tag zu beobachten und zu beurteilen. Petra Roth-Püngeler vom Restaurant Schneider in Dernbach ist stellvertretende Vorsitzende im IHK- Prüfungsausschuss für Köche. Anfang Januar hat sie wieder einmal den werdenden Köchen über die Schulter und in die Töpfe geschaut.



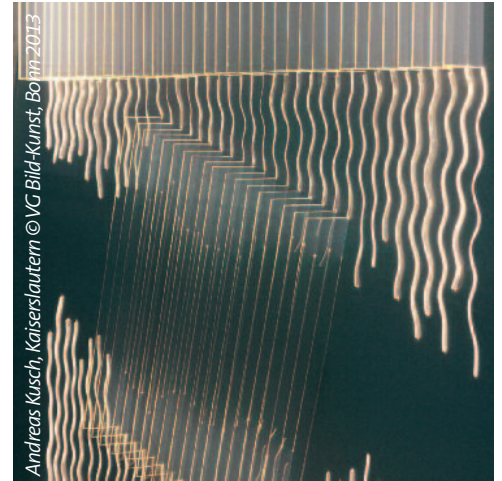
### Neue Horizonte

Wie die pfälzische Wirtschaft über den Winter gekommen ist, wie sie ihre Geschäftslage einschätzt, was sie vom kommenden Jahr erwartet und wie sie Investitionen und Personal plant, darüber gibt der IHK-Konjunkturbericht stets belastbar und aussagekräftig Auskunft. Die aktuelle Standortbestimmung, die erste fürs neue Jahr, zeigt, wohin die Reise im Jahr 2013 gehen wird.

## „Good Vibrations – Kunst und Physik“

Was hat Physik mit Kunst zu tun? In seiner Ausstellung „Good Vibrations – Kunst und Physik“ zeigt das Museum Pfalzgalerie Kaiserslautern vom 30. Januar bis 7. April Werke aus seiner umfangreichen Sammlung optischer und kinetischer Kunst seit den 1960er-Jahren. Sie zeigen, wie Künstler gekonnt und kreativ mit physikalischen Phänomenen umgehen. Zu sehen ist ein faszinierendes Spiel mit Gleichgewicht und Schwerkraft, Licht und Farbe. Selten war Physik so schön.

@ [www.mpk.de](http://www.mpk.de)



## Panoramakarte des Weinlands Pfalz



Wissenswertes über die Pfalz, von heimischen Gaumenfreuden bis hin zu Weingenuß und Wandererlebnis sind auf der neuen, faltbaren Panoramakarte zu finden. Die Karte stellt die Pfalz vom Rhein bis zum Haardttrand erstmals in einem 3D-Kartografiemodell dar und zeigt große und kleine Ortschaften eingebettet in viel Grün. Eine hilfreiche und liebevoll illustrierte Übersicht für alle Wein- und Wanderfreunde. Zudem ist auch die neue Broschüre „Die Pfalz feiert...“ für 2013 erschienen. Fast 183 Pfälzer Weinfeste und 429 weitere Termine sind in dem Kalender verzeichnet. Er hat eine Auflage von einer Million Stück.

@ [www.pfalz.de](http://www.pfalz.de)

## „Und der Haifisch, der hat Zähne...“

Der bekannte Klassiker von Berthold Brecht, „Die Dreigroschenoper“, wird wieder einmal ganz anders zu sehen sein: Denn im Theater im Pfalzbau in Ludwigshafen stehen Kinder, Jugendliche und Erwachsene gemeinsam auf der Bühne und werfen nicht nur Fragen zu Gesellschaft und Wirtschaft auf, sondern auch zum Verhältnis von Kindern und Erwachsenen. Mackie Messer und seine Bande zeigen am 7., 8. und 9. Februar schillerndes Musiktheater für Groß und Klein.

@ [www.theater-im-pfalzbau.de](http://www.theater-im-pfalzbau.de)

